

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 Mk. (davon 95 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Samstags und Montags einmal. ...

Vorwärts Berliner Volksblatt

Die einzeln. Kopierpreise 50 Pf. ...

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57 596. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3

Henderson unterlegen!

Sieg der Konservativen.

Wenn die ersten, zunächst spärlich am späten Abend eingelaufenen englischen Wahlergebnisse sich im Laufe der Nacht und des heutigen Tages in ihrer bisherigen Tendenz verallgemeinern sollten, dann ist zu befürchten, daß die Neuwahlen für die Arbeiterpartei überaus schlecht ausgefallen sind.

Die Bürgerblockparole der Koalitionsregierung hat offenkundig gewirkt. Die Klassenolidarität der Bourgeoisie hat die konservativen und liberalen Wähler, unbeschadet ihrer traditionellen Gegenseite, gegen die Arbeiterpartei zusammengeführt.

Insofern erinnern die gestrigen Neuwahlen stark an die berühmten „Kakiwahlen“ vom Dezember 1918, als die Regierungskoalition unter Führung von Lloyd George der Opposition von Arbeiterparteilern und Linksliberalen eine schwere Niederlage zufügte.

London, 27. Oktober. (Eigenbericht.)

Die ersten Wahlergebnisse trafen erst gegen 22.30 Uhr ein und betrafen zwei sichere konservative Wahlkreise, deren Abgeordnete mit riesiger Mehrheit wiedergewählt wurden.

Um 1 Uhr 30 morgens waren gewählt: Konservativ 86 (+ 19), Liberale 18 (+ 4), Arbeiter 9 (- 22).

Um 1.45 Uhr Berliner Zeit zählte man als gewählt 114 Konservativ, 10 Nationalliberal, 9 Liberale, 1 National unabhängig, also insgesamt 134 regierungsfreundliche Abgeordnete und nur 11 Arbeiterabgeordnete!

In den drei Wahlkreisen von Salford (Nord, Süd und West), die zum Gebiet von Manchester gehören, sind alle drei bisherigen Arbeiterabgeordneten von ihren konservativen Gegnern besiegt worden, zum Teil sogar mit beträchtlicher

Mehrheit. So wurde der bekannte Gewerkschaftsführer Ben Tillet mit 11 000 Stimmen Vorsprung geschlagen, sein Kollege Hancock ebenfalls mit 11 000 und Toole mit 6000 Stimmen Vorsprung wurde er diesmal besiegt.

In Barnsley wurde der Arbeiterabgeordnete Potts, der das vorige Mal mit 9340 Stimmen gesiegt hatte, von den liberalen Koalitionskandidaten mit 700 Stimmen Vorsprung geschlagen. Ebenso wurde in Wakefield der Arbeiterabgeordnete Sherwood mit 2000 Stimmen Mehrheit durch die Konservativen besiegt, nachdem er das letzte Mal mit 2300 Stimmen in einer „dreieckigen“ Wahlschlacht gewählt worden war.

Der erste Labour-Abgeordnete, der gegen 11 Uhr nachts als wiedergewählt gemeldet wurde, war Wallhead in Merthyr (Wales), der mit 13 000 Stimmen Vorsprung über einen Mosley-Mann siegte und seinen Vorsprung von 1929 damit behauptete.

Henderson unterlegen!

London, 28. Oktober (1 Uhr nachts).

Der frühere Staatssekretär des Inneren, Arthur Henderson, Führer der Arbeiterpartei, ist bei der Wahl in Bury unterlegen.

Stöger über Henderson ist der konservative Admiral Gordon Campbell mit 8200 Stimmen Vorsprung. Der Kommunist erhielt nur 500 Stimmen.

Im Jahre 1929 hatte Henderson 28 000 Stimmen erhalten, ein Konservativer 20 000, ein Liberaler 12 500 Stimmen. Konservativ und Liberale hatten also schon damals 4500 Stimmen mehr. Indem sie diesmal gemeinsam stimmten, sicherten sie sich den Sieg und vergrößerten sie ihren Vorsprung.

Der Admiral Campbell ist im Kriege als Schöpfer der sogenannten „U-Boot-Fallen“ berühmt geworden.

Außer Henderson sind noch weitere ehemalige Mitglieder der Arbeiterregierung unterlegen, und zwar der frühere Gesundheitsminister Arthur Greenwood und der frühere Minister für das Verkehrswesen, Herbert Morrison. Letzterer im Londoner Stadtteil Hackney-Süd, außerdem der Kriegsminister Tom Shaw und der Bergbau-Minister Ben Turner. Ebenso ist die bekannte Arbeiterabgeordnete Miss Ellen Wilkinson von einem Liberalen in Middlesbrough besiegt worden.

Keilerei zwischen Harzburgern.

Goebbels stößt einem dicken Bürger den Marsch. — Geschäft und Gesinnung im Hause Hugenberg.

Der Hugenberg-Journalist Dr. Kriegl hat im „Montag“ behauptet, gewissen nationalsozialistischen Führern sei es mit dem Sturz des heutigen Systems nicht ernst. Darauf antwortet Goebbels im „Angriff“. Er hat sich, wie er es selber ausdrückt, die Aufgabe gestellt, „dem Bürger Kriegl den Marsch zu flöten“, und man muß zugeben, daß er sich auf das Flöten versteht. „Ausgerechnet Herr Kriegl!“ ruft er aus, und er nennt Herrn Kriegl einen dicken Herrn, einen wilden Bürger, einen rasenden Reporter, einen mit beneidenswerter Naivität ausgezeichneten Zeitgenossen und einen bürgerlichen Stribenten. Als Beschäftigung des Herrn Kriegl gibt Goebbels an, teils Porzellan zu zerbrechen und vor dem Scheiterhaufen seine Hände in Unschuld waschen, teils politische Brunnenvergiftung zu treiben. Einen solchen dicken Herren in nationaler Zuverlässigkeit machen zu sehen, findet Herr Goebbels zu amüsant. Nichts liege ihm ferner, so versichert er, als der Öffentlichkeit das Schauspiel einer feuchtschröthlichen Keilerei zu bieten, doch kann bekanntlich auch der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Und Herr Kriegl war es, der anfangs:

Solange Herr Dr. Otto Kriegl sich darauf beschränkt, mit Radelstichen an unsere Elefantenhaut zu pikieren, haben wir es mit jenem Mond gehalten, der nur lächelnd aus seiner

hohen Höhe herunterschaut, wenn man ihn unten anbellt. Nun aber hat Herr Kriegl sich in die Rüstung des nationalen Aufsichtsbeamten geworfen und macht in solcher Kriegsbemalung den kindlichen Versuch, die nationalsozialistische Bewegung und ihren Führer beim Portepée zu fassen. Wir halten es für ausgeschlossen, daß Herr Hugenberg von solchen Attakden Kenntnis hat oder gar sie billigt. Um so notwendiger erscheint es uns, dem Bürger Kriegl den Marsch zu flöten.

Danach könnte man meinen, die im Gange befindliche „feuchtschröthliche Keilerei“ sei nur ein Spezialvergnügen der nächstbeteiligten Herren. Daß dem aber nicht so ist, und daß der „Angriff“ gegen Hugenberg selber losschlägt, davon kann man sich an einem zweiten Artikel des Nazi-Blattes überzeugen. Dort wird nämlich Herr Hugenberg nicht etwa „am Portepée“ angefaßt, sondern vielmehr an einem viel empfindlicheren Teil, nämlich am Inzeratenteil seiner Blätter. Heftige Vorwürfe werden gegen ihn erhoben, weil er gegen Bezahlung für Warenhäuser und ausländische Firmen Reklame mache, während der Textteil seiner Blätter für den Schutz des Mittelstandes und der nationalen Arbeit eintrete.

Ob dies alles nur eine Rederei zwischen Liebenden ist, oder ein erstes Zeichen einer beginnenden Zerfetzung der „nationalen Opposition“, muß sich bald zeigen.

Reichsbahn-Schiedspruch.

Eine Zwischenlösung. — Einheitsverband nimmt an.

Die Schlichtungsverhandlungen für den Reichsbahnbetrieb sind gestern zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Folgender Schiedspruch wurde gefällt:

1. Da die Notverordnungen vom 5. Juni 1931 und 6. Oktober 1931 offenbar davon ausgehen, daß die Regelung der Löhne dieses Mal zuerst bei den Reichsarbeitern (einschließlich der Reichspost) erfolgt, wird der zwischen den Parteien bestehende Lokuntariftvertrag ohne zeitliche Unterbrechung über den 1. November 1931 hinaus bis zur endgültigen Erledigung dieses Schlichtungsverfahrens verlängert.

2. Sobald die Lohnregelung für die Reichsarbeiter (einschließlich der Post) endgültig erfolgt ist, treten die Parteien erneut zusammen. Verständigen sie sich nicht, so findet anschließend, und zwar spätestens binnen einer Woche, das Schlichtungsverfahren seine Fortsetzung. In diesem Verfahren kann die Lohnregelung für die Reichsbahnarbeiter mit Wirkung ab 1. November 1931 getroffen werden.

3. Frist zur Erklärung unter den Parteien und dem Reichsarbeitsministerium gegenüber 29. Oktober 1931, 17 Uhr.

Damit hat die Schlichterkammer der Notverordnung Rechnung getragen. Der § 8 der Notverordnung gibt der Reichsbahn nur das Recht, eine vom Reich und der Reichspost nach § 6 der Notverordnung getroffene Regelung entsprechend anzupassen. Aus diesem Umstande ist zu entnehmen, daß eine endgültige Entscheidung der Streitfrage nicht eintreten konnte, ehe nicht die Lohnfrage in diesen Betrieben entschieden ist.

Mit diesem Schiedspruch ist zunächst die Lohnkrise in einem der wichtigsten Betriebe auf kurze Zeit verlagert. Endgültig ist sie noch nicht aus der Welt geschafft.

Der Verbandsbeirat des Einheitsverbandes der Eisenbahner hat gestern abend noch zu dem vorläufigen Schiedspruch Stellung genommen. Die Haltung des Vorstandes sowie der Verhandlungskommission wurde anerkannt. Der Schiedspruch wurde als ein moralischer Erfolg betrachtet. Der Verbandsbeirat sprach die Erwartung aus, daß in den kommenden Verhandlungen von den zuständigen Stellen alles getan wird, auch in materieller Hinsicht eine Krise zu vermeiden. Der Verbandsbeirat richtet einen Appell an die gesamte Mitgliedschaft sowie die gesamte Eisenbahnerschaft, die Organisationsinstanzen in ihren Bemühungen tatkräftig zu unterstützen.

Der Schiedspruch für die Reichsbahn schafft eine Pause im Kampf oder, um einen moderneren Ausdruck zu gebrauchen, ein „Stillhalteabkommen“ für begrenzte Zeit. Jedenfalls ist damit auch der Reichsregierung eine Ueberlegungspause gegeben, die sie nutzen mag, um verhängnisvolle Fehler zu vermeiden, die, einmal geschehen, nicht so leicht wieder gutzumachen wären. Alle Welt ist sich heute darüber klar, daß das viel raschere Tempo, in dem Löhne und Gehälter im Verhältnis zu den Preisen gesunken sind, zu den Hauptursachen der Wirtschaftskrise gehört. Kaufkraft und Preise wieder miteinander in Übereinstimmung zu bringen, ist also ein notwendiges Werk auf dem Weg zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise. Eine neue allgemeine Lohnsetzung würde nicht nur nichts zur Ueberwindung der Krise beitragen, sondern vielmehr zu ihrer Verschärfung und Verhärtung führen.

Eine Entscheidung von so weittragender Bedeutung zu fällen in dem Augenblick, in dem der neue Wirtschaftsbeirat zusammentritt, würde bedeuten, den Wirtschaftsbeirat vor vollendete Tatsachen zu stellen. Angesichts der Zusammensetzung dieses Wirtschaftsbeirats, die von gleichberechtigter Mitwirkung der Arbeitnehmererschaft im Sinne der Reichsverfassung nichts merken läßt, wird man allerdings an die Arbeit dieser neuen Kommission keine verwegenen Hoffnungen knüpfen dürfen. Trotzdem wäre es widersinnig, jetzt schon vollendete Tatsachen zu schaffen, die jede Wirksamkeit zur Ueberwindung der Krise illusorisch machen würden.

Wenn nun, wie verlautet, die zum 1. November ablaufenden Lohnsätze kurzfristig verlängert werden sollen, so ist das noch lange nicht eine Lösung der schwebenden politischen und wirtschaftlichen Probleme, wohl aber bedeutet es eine Milderung des augenblicklichen Drucks und die Möglichkeit, friedliche Lösungen vorzubereiten. Der schwerindustrielle Flügel der Harzburger Front kann es freilich gar nicht mehr erwarten und verlangt von der Reichsregierung Lohnsenkungen über Hals und Kopf. Ihr Berliner Organ, die „Börsenzeitung“, schreibt Zetermordio über die Sozialdemokratie im allgemeinen und den „Vorwärts“ im besonderen, weil sie angeblich die schwebenden Lohnverhandlungen „unter ihr Diktat“ stellen wolle. Der Regierung Bränning wird beschönigt, daß sie schon mehrmals vor unseren Drohungen kapituliert hätte. Das eine Mal, als

Die im September ihre Rotverordnung vom 5. Juni änderte und die Angleichung der Gemeindefacharbeiterlöhne an die Reichsarbeiterlöhne über den ursprünglich festgesetzten Termin hinaussetzte, das andere Mal, als sie die Bestimmung traf, daß die Tarifverträge mit den Gemeindefacharbeitern nicht unter die generelle Ermächtigung zur Senkung der Löhne und Gehälter fallen sollen.

Das Berliner Arbeitgeberorgan nennt solche Vorgänge äußerst unerfreulich und dem Ansehen der Regierung äußerst abträglich. Uns erscheint eine derartige Darstellung der Dinge beinahe als ein Hohn, denn wir sind uns dessen bewußt, wie weit sich die gegenwärtige Reichsregierung in ihren Handlungen von unseren Auffassungen und Wünschen entfernt. Sollte indes die Regierung den Stimmen der lohn-senkungswütigen Arbeitgeber ihr Ohr öffnen, so würde das nicht nur für sie unerfreulich und ihrem Ansehen abträglich sein, sondern es würde zu wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen führen, die zu verhindern — wir möchten fast sagen, um jeden Preis zu verhindern — die Aufgabe jeder verantwortungsbewußten Regierung sein muß!

Verleumdung als Geschäft.

Landbändler Flemming wehrt sich.

Die starken Differenzen, die auch in Pommern zwischen Landbühlern und Nazis bestehen, zeitigen Auswirkungen, über die der Unbeteiligte nur Genußnahme empfinden kann.

Maßgebende Leute aus dem Landbühlern, bei denen es bisher auch nicht zu einem Wort des Widerspruchs gegen die ständigen Verunglimpfungen und Verleumdungen der Republikaner durch die Nationalsozialisten reichte, die diese Bestrebungen sogar mehr oder minder unterstützten und gutließen, bekommen jetzt die Verleumdungsjacht der Nationalsozialisten am eigenen Leibe zu spüren, und zwar in einer Form, die ihnen die Flucht in die Öffentlichkeit zweckmäßig erscheinen läßt.

Einer, dem es so ergangen ist, ist der Präsident der Pommerschen Landwirtschaftskammer von Flemming. Ihm sagen die Nationalsozialisten nach, daß er aus ... zig Ämtern ein Einkommen von etwa 300 000 M. und daß er durch Schiebung von den geringen Summen des gewährten Erntekredits riesenbeträge erhalten hätte.

Gegen diese Behauptungen vermahnt sich von Flemming in einem geharnischten Artikel in Nr. 40 des „Pommerschen Landbühlers“. Nachdem er zunächst festgestellt hat, daß seine Reise- und Tagegelde als Vorstandsmitglied und Präsident erheblich niedriger als bei anderen Körperschaften sind, daß er für seine jetzt einjährige Tätigkeit bei der Reichsbank weder Tage- noch Reise-gelder bezogen hat, daß die Bezüge des Aufsichtsrates der Industriebank sich bei drei bis vier Sitzungen auf 150 bis 200 M. pro Jahr belaufen und daß er Erntekredit im Sinne der Verfügung des Herrn Reichsernährungsministers absichtlich nicht genommen hat, schreibt er wörtlich folgendes:

„Ich kann unmöglich zu den niedrigeren Tätigkeiten Verleumdungen schmeißen. Sie bedeuten jenen Endes nichts, wie den bodenlos gemeinen Versuch einer Ehr-abschneiderei. Ich bin überzeugt, daß alle Landwirte ohne Unterschied der parteipolitischen Zugehörigkeit solche Kampfmethoden auf das schärfste verurteilen.“

Wir können die Empörung des Herrn von Flemming durchaus begreifen. Vielleicht geht man auch ihm eine Spur von Verständnis dafür auf, welches Gefühl des Ekels die republikanischen und besonders die sozialdemokratischen Politiker seit Jahren über das Gefindel empfinden, das sich die Verbreitung ähnlicher Verleumdungen gegen sie zum Lebensberuf gemacht hat. Jeder Sozialdemokrat, in welchem Amt oder welche Stellung er auch berufen werden mag, ist den gleichen inhumanen Verdächtigungen ausgesetzt. Nur daß dabei die Nazis nicht allein bleiben, sondern vielfach treue Gefolgschaft finden in den Kreisen, die Herrn von Flemming politisch und wirtschaftlich sehr nahe stehen.

Kommunistischer Rowdy verurteilt.

Der Ueberfall auf eine Frauenversammlung.

Köln, 27. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Kölner Straßammer verurteilte einen Kommunisten zu zwei Jahren Gefängnis und einen anderen Kommunisten, der gegen Polizeibeamte tödlich vorgegangen war, zu fünf Monaten Gefängnis. Ende April verurteilten im Kölner Volkshaus einige kommunistische Frauen eine sozialdemokratische Frauen-versammlung zu stören. Sie wurden deshalb von Reichsbannerkameraden aus dem Saal entfernt. Auf der Straße kam es zu erbitterten Auseinandersetzungen, in deren Verlauf der Geschäftsführer des Volkshauses von einem Kommunisten geschlagen wurde. Als zwei Polizeibeamte eingriffen, hegte ein Mann die Menge gegen die Beamten mit den Worten auf: „Schlagt doch die Hunde tot!“ Die Beamten wurden zu Boden geschlagen und mißhandelt.

Weitere kommunistische Gewalttaten.

Duisburg-Hamborn, 27. Oktober.

In der Gemeinde Camp-Vinfort veranstaltete am Sonntag der „Kampfbund gegen den Faschismus“ eine große Kundgebung. Starke Abteilungen aus dem Kreise Moers nahmen an einem Umzug teil. In den Nachmittagsstunden kam es verschiedentlich zu schweren Zusammenstößen. In einem Gasthause feierte der Arbeiter-Turn- und Sportverein „Nacht“ sein Stiftungsfest. Die Kommunisten drangen in den Saal ein und im Handumdrehen war eine schwere Schlägerei im Gange. Der Indalide Hermann Bahr wurde durch einen Messerstoß in den Leib schwer verletzt. In hoffnungslosem Zustande wurde Bahr ins Krankenhaus gebracht. Die Polizei konnte den Saal nur mit Mühe räumen. Auf der Straße gingen die Kommunisten mit Zorn gegen die Beamten vor. Auch einige Schüsse wurden abgefeuert. Als die Polizei das Feuer erwiderte, ergriffen die Angreifer die Flucht. Ein Demonstrant wurde durch einen Beschuß schwer verletzt. Drei Personen wurden verhaftet.

Der italienische Außenminister Scandi ist mit seinen Begleitern am gestrigen Dienstagabend nach Rom zurückgereist.

Leipziger Ehren doktor. Bei der Feier des 25-jährigen Jubiläums der Berliner Handels-Hochschule wurde neben anderen auch Genosse Theodor Leipziger, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, zum Doktor ehrenhalber ernannt. Der Rektor, Professor Bonn, hob bei seiner Ansprache hervor, daß Leipziger in jahrelanger verantwortlicher Tätigkeit es verstanden habe, das Wohl der unter seiner Führung stehenden Volksteile mit dem Allgemeinwohl in Einklang zu bringen.

Der Fall Reinhart-Commerzbank.

Eine Verteidigung, die eine Selbstanklage ist.

Die Tätigkeit der Commerz- und Privatbank im Schultheiß-Standal ist inzwischen zu einem Fall Reinhart geworden. Herr Reinhart hat gestern dem Staatssekretär des Reichspräsidenten, Dr. Weizsäcker, in einer persönlichen Darstellung die Erklärung abgegeben, daß er mit den gegen ihn erhobenen Vorwürfen nichts zu tun habe. Reinhart ist die entscheidende Persönlichkeit im Vorstand der Commerz- und Privatbank. Man hätte erwarten müssen, daß seine Erklärung wenigstens einigermaßen durch die Tatsachen zu rechtfertigen sei.

Die Commerz- und Privatbank aber hat gestern in später Abendstunde eine lange Erklärung veröffentlicht, deren zweifels-freies Ergebnis ist, daß die in der Öffentlichkeit behaupteten Tatbestände bis in die allerletzten Einzelheiten richtig sind, und daß dennoch die Commerz- und Privatbank ihr leitendes Vorstandsmitglied, Herrn Reinhart, von jeder Verantwortung an den Verlusten des Schultheiß-Konzerns freizusprechen versucht.

In dem Kommuniqué wird zugegeben, daß die Aktienkäufe durch die sogenannten beskreudeten ausländischen Banken der Commerz-Bank erfolgt sind, weiter, daß die Commerz- und Privatbank diesen beskreudeten ausländischen Banken die Genehmigung zu den Geschäften erteilt hat, daß die Commerz-Bank selbst bei den Geschäften durch Aktienkäufe mitgewirkt hat, daß die Kursgarantie vereinbart war, daß kurzfristige ausländische Kredite dazu verwendet worden sind und daß etwaige Gewinne zu 60 Proz. dem Commerz-Bank-Konzern und nur zu 40 Proz. den Ostwerken zustehen würden.

Es wird ausdrücklich zugegeben, daß Reinhart bei diesem Geschäft „genau so mitgewirkt hat wie andere Vorstandsmitglieder der Commerz- und Privatbank“ auch.

Es wird nicht bestritten, daß Reinhart, dessen unmittelbare Verantwortlichkeit für die Geschäfte so zugegeben wird, gleichzeitig Aufsichtsratsmitglied im Schultheiß-Konzern war; es wird auch nicht bestritten, daß im Börsenprospekt vom vorigen Jahr die Kursgarantie, die zu den schweren Verlusten geführt hat, verschwiegen worden ist.

Aber um das Geschäft als legal und unverdächtig erscheinen zu lassen, sucht man allerlei Finten anzuwenden. Entgegen

der Wahrheit wird behauptet, daß die Ostwerke 1929 bereits eine Holding-Gesellschaft des Schultheiß-Konzerns gewesen seien, obwohl damals die Ostwerke erst 35 Proz. der Aktien des Schultheiß-Konzerns besaßen. Es seien für niemanden „private“ Vorteile mit dem Geschäft verbunden gewesen, was von keiner Seite behauptet worden ist. Reinhart sei nur ein einfaches Mitglied des Aufsichtsrates gewesen, nicht aber etwa des Ausschusses oder des Präsidiums des Schultheiß-Konzerns; als ob Reinhart nicht zur Wahrnehmung der Schultheiß-Interessen verpflichtet wäre, auch wenn er nur „einfaches“ Mitglied des Aufsichtsrates ist!

Es sei auch nicht auffällig, daß das verlustbringende Geschäft im Prospekt nicht genannt worden sei, denn längere Zeit seien gar keine großen Verluste damit verknüpft gewesen. Dabei bestanden im Augenblick der Prospektveröffentlichung bereits Verluste im Betrage von mindestens 17 Millionen Mark!

Die Commerz- und Privatbank, die ihr Vorstandsmitglied Reinhart mitwirkend wolle, hat ihm einen Vordienst erwiesen. Reinhart hat das Geschäft mit der Kursgarantie gefannt und hat das Geschäft dennoch im Aufsichtsrat des Schultheiß-Konzerns verschwiegen, obwohl er zum Reden verpflichtet war. Reinhart hat seine Unterschrift unter den Börsenprospekt gesetzt, obwohl dieser in einem entscheidend wichtigen Punkte gefehlt war. Diese Dinge sind gerade durch die Erklärung der Commerz- und Privatbank jetzt eindeutig festgestellt. Die von uns am Sonntag an Reinhart gerichteten Fragen über seine Verantwortung im Falle Schultheiß sind jetzt eindeutig mit Ja beantwortet!

Der Fall Reinhart hat durch das Kommuniqué der Commerz- und Privatbank eine äußerst peinliche Wendung genommen. Es wird der Reichsregierung jetzt gar nichts anderes mehr übrigbleiben, als auf die Dienste Reinharts zu verzichten.

Der Staatsanwalt holt Informationen ein

Wie gemeldet wird, hat die Staatsanwaltschaft I bei dem neuen Vorstand der Schultheiß-Papenhofer K.G. Informationen eingeholt, um etwaige Verfehlungen aufzuklären. Es handelt sich um die Vorbereitung eines Ermittlungsverfahrens.

Laval ist zufrieden.

Meinungen der Genußnahme.

New York über Paris, 27. Oktober (Eigenbericht.)

Laval hat an Bord der „Ae de France“ vor amerikanischen Journalisten folgendes erklärt:

„Ich werde dem Parlament über alle Gegenstände meiner Besprechungen mit Hoover Rechenschaft ablegen. Im Anschluß daran wird die Regierung über einen Plan zur

Konzentration aller Bemühungen um eine vollständige deutsch-französische Wiedervereinigung

beraten. Das Rotwendige ist die Wiederherstellung des Vertrauens, das mir auf einer Wirtschaftsverständigung beruhen kann. Ich habe dem Präsidenten Hoover und Senator Borah gesagt und glaube sie auch davon überzeugt zu haben, daß Frankreich, sich selbst überlassen, die erwartete Wiedervereinigung zustande bringen wird.“

Einem französischen Journalisten sagte Laval, daß noch vor Dezember Pläne ausgearbeitet sein würden, die es erlaubten, mit allen europäischen Mächten über die Vorbereitung des Werks der Zusammenarbeit Fühlung zu nehmen, das er mit dem Präsidenten Hoover beschlossen habe.

Vor seiner Abreise hat Laval auf einem Bankett der französischen Handelskammer in New York die Ergebnisse der Besprechungen auseinandergesetzt: Hoover und er hätten sich gegenseitig besser kennengelernt und wüßten jetzt, was das eine Land von dem anderen erwarten könnte. Weiter erklärte er: „Die Zusammenarbeit unserer beiden Länder ist enger geworden, weil unsere beiden Regierungen ein besseres Verständnis ihrer gegenseitigen Interessen und ihrer gemeinsamen Pflichten haben

werden. Wenn die Washingtoner Unterredungen kein anderes Ergebnis gehabt hätten, so wäre damit schon eine große Hoffnung verwirklicht worden. Wir haben aber mehr getan. Dadurch, daß wir die wichtigsten Mittel zur Wiederherstellung der Wirtschaftsstabilität und des Vertrauens suchten, haben wir unsere Pflicht in bezug auf die internationale Solidarität erfüllt. Darüber will ich meine Genußnahme aussprechen. Indem ich hier die Politik der internationalen Zusammenarbeit, für die Briands und mein Besuch in Berlin eine wichtige Etappe gewesen ist, fortgesetzt habe, bin ich mir bewußt, der Sache des Friedens gedient zu haben, ohne dabei die wesentlichen Interessen meines Landes zu opfern.“

Planwirtschaft für Deutschösterreich.

Beschlüsse des Nationalrats.

Wien, 27. Oktober.

Der Nationalrat hat die Regierung aufgefordert, mit größtem Nachdruck ein Abkommen zwischen den Staaten der Notenbanken über einen gegenseitigen Devisenabrechnungsver- lehr anzustreben, einen Plan für den Wiederaufbau der Industrie-konzerne der Creditanstalt, ein Gesetz über ein Außenhandels-monopol für Getreide und Wehlprodukte sowie ein Großhandelsmonopol für Benzin anzunehmen und ein Kartell-gesetz vorzulegen. Weitere sozialdemokratische Anträge auf ein Großhandelsmonopol für Kohle und Zucker, auf Abschluß eines Weistbegünstigungs- und Kontingentsvertrages mit Sowjet-russland und gesetzliche Festlegung der 40-Stunden-Arbeitszeit wurden abgelehnt.

Staatstheater.

„Ballenfein.“ I. Teil.

Das Staatstheater kämpft lobenswert für seinen Klassiker. Manchmal auch aus ungreiflichen Ursachen dagegen. Der Regisseur Lehner hilt gewaltig. Manchmal stört er auch aus ebenso ungreiflichen Ursachen grausam. Warum besteht man im Staatstheater eigentlich die wichtigste Frauenrolle mit nichts als einer nur netten Kooche? M. H.

14 Jahre unschuldig im Zuchthaus.

Senator Schall versucht Befreiung Rooney-Billings.

Washington, 27. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Bundes Senator Schall kündigt an, sofort nach dem Zusammentritt des Bundestages im Dezember die Befreiung und Besprechung des Berichtes der Wickersham-Kommission über den Rooney-Billings-Fall zu fordern. Die beiden Arbeiterführer Rooney und Billings sind 1917 in einer Rechts-komödie zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden und verbringen ihre Tage in der Strafanstalt St. Quentin, Kalifornien. Trotz aller Verdunkelungsmaßnahmen und politischen Drahtziehungen ist

in dem 600seitigen Kommissionsbericht die Unschuld der beiden Arbeiterführer an dem ihnen zur Last gelegten Verbrechen so überzeugend nachgewiesen,

daß die reaktionäre Mehrheit der Kommission alles versucht hat, um den Druck und die Veröffentlichung des von den Wiederheits-mitgliedern unterzeichneten Berichtes zu verhindern.

Aber war es der „unparteiischen“ Kommission auch möglich, die Befreiung des sensationellen Materials zu verhindern, so konnte sie doch seine Wirkung im Lande nicht ungehindert machen; der Druck der von der Unschuld der beiden überzeugten Gruppen auf die amtlichen Stellen ist immer spürbarer geworden. Inzwischen ist der eigentliche Kommissionsbericht den Geheim-aktien einverleibt und der Prüfung durch Präsident Hoover vorbehalten worden. Senator Schall will dieses Dokument der offiziellen Geheimhaltung entreißen und im Bundesparlament eine Aussprache darüber herbeiführen.

ob es erlaubt sein dürfe, das Untersuchungsmaterial dem Parla-ment zu entziehen, das für die Kommission beträchtliche Geld-mittel bewilligt hat.

Gelingt es, den Bundes Senat zu einer Stellungnahme im Sinne Schalls zu bewegen, so wird ein wichtiger Schritt zur Wiederauf-rettung dieses Justizskandals und zur Befreiung der beiden Arbeiterführer getan sein.

Dressfnebelung in Ungarn.

Für jede Nummer ein Strafprozeß!

In 14 Tagen, vom 4. Oktober bis 18. Oktober, wurden gegen das Zentralorgan der ungarischen Sozialdemokratie „Népszava“ rund 12 amtliche Strafverfahren eingeleitet. Da das Blatt jedesmal wöchentlich erscheint, so ergibt das durchschnittlich jeden Tag einen Strafprozeß. Die Zeitung der Sozialdemokratie war zwar nie ein Verstoß der ungarischen Regierung — im letzten Jahre wurde in 142 Fällen Anklage gegen die Mitarbeiter des Blattes erhoben — jetzt aber geht das Bestreben der ungarischen Justizbehörden dahin, durch die bis 1000 Pengo gebenden Geldstrafen, die neben Gefängnisstrafen immer verhängt werden, die Zeitung zu ruinieren. Um das zu erreichen, werden in erster Linie die Sonntags-nummern beschlagnahmt. Selbst die harmlosesten Mitteilungen führen zur Anklage. Es schweben gegen die „Népszava“ im ganzen über 300 Prozesse.

Thüringen bewilligt Ruffenbürgschaft. Am Dienstag verabschiedete der Landtag von Thüringen nach dreistündiger Debatte eine Vorlage auf Uebernahme einer Ausföhrbürgschaft für Lieferungs-geschäfte thüringischer Firmen mit der Union der Sowjet-Republiken in Höhe von etwa zwei Millionen Mark. Die Vorlage wurde gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen mit den Stimmen aller übrigen Parteien angenommen.

350 Prozent Bürgersteuer in Köln. Der Regierungspräsident hat den Zuschlag zur Bürgersteuer der Stadt Köln für das Rechnungsjahr 1931 von bisher 200 Prozent auf 350 Prozent erhöht.

Auf dem Wege nach Mexiko ermordet wurde der dänische Journalist Knud Holmboe, der Ruffen geworden ist und als Ali Hamed auf einem Kameel nach Mexiko zog. Wahabiten haben ihn getötet; sie haben ihn für einen Spion gehalten oder ihn als nicht richtigen Mohammedaner erkannt, dem das Betreten der heiligen Stadt verboten ist.

Held Helldorf sagt: Lockspitzel!

Rechtsanwalt Sack verdächtigt Polizeibeamte

Der zweite Verhandlungstag im Helldorf-Prozess offenbarte in noch höherem Maße als der erste die Verlegenheitsstatistik der Verteidigung. Nach berühmten Mustern heißt sie: Hollet den Dieb! Kein auch nur halbwegs vernünftiger Mensch zweifelt nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme in der ersten Verhandlung und selbst nach den beiden ersten Tagen der zweiten Verhandlung, daß die Hakenkreuz-Demonstrationen auf dem Kurfürstendamm seit langem vorbereitet, bis ins einzelne durchdacht und wenigstens bis zu einem gewissen Teil auch planmäßig durchgeführt worden sind. Die Verteidigung aber will glauben machen, das Ganze sei bloß das Werk von Lockspitzeln gewesen, die behauerswerten Jungen der SA seien diesen auf den Leim gegangen, hätten auf deren Kommando „Juda verrecke“ und „Deutschland erwache“ gegerollt, das Café Reimann zerstört und Juden und Christen gleich schwer mißhandelt. In der Rechtsanwaltschaft Dr. Sack scheute sich nicht, Polizeibeamte zu verdächtigen, als hätten sie sich an dem Landfriedensbruch beteiligt.

Man begreift schon, weshalb diese Verteidigungsstatistik, bereits in der ersten Verhandlung vom Grafen Helldorf, dem damaligen Zeugen, inspiriert, jetzt mit so großer Energie verfolgt wird. Selbst das Eingeständnis, daß die Berliner Führung am 12. September bloß eine Demonstration auf dem Kurfürstendamm beabsichtigt hätte, die hinterher gegen den Willen der Führer in wüste Ereignisse ausgeartet ist, käme ja einer Anerkennung der Unfähigkeit gleich, die SA-Männer in der Hand zu halten. Ebenjowenig kann die „Führung“ zugestehen, daß die „Standarten“ und „Sturmtrupps“ über den Kopf der obersten Führung hinweg aus eigener Machtvollkommenheit die Hakenkreuzdemonstration mit allen ihren Folgeerscheinungen auf dem Kurfürstendamm inszeniert hätten. Wo bliebe dann die vielgerühmte militärische Disziplin der SA-Leute und ihrer Führer. So gibt es für die Angeklagten nur eine Ausrede: Lockspitzel waren am Werke!

Die Berliner Führer merken offenbar gar nicht, welche Blöße sie sich durch diese Verteidigungsstatistik geben.

Die Nachmittags-Sitzung veranschaulichte nur den Eindruck des Vormittags. Sämtliche Aussagen der Polizeibeamten bestätigten die Planmäßigkeit des Vorgehens auf dem Kurfürstendamm.

Der Polizeileutnant Böhme, Führer der Polizeigruppe der Referestation auf der Unterstadt West, war nach telefonischem Befehl „Sofort einziehen, Arawall, Rationalsocialisten“ mit seiner Mannschaft als einer der ersten auf dem Kurfürstendamm. Von der Richtung Uhlandstraße bewegte sich eine Menge von etwa 700 Personen gleich einer Welle. Anscheinend hatte die Führung damit gerechnet, daß der Kurfürstendamm durch die Ueberwachtung des Stadions von Beamten entblößt sein würde. Daß eine Leitung vorhanden war, erfahrt der Zeuge auch daraus, daß ihn verschiedene Zettel zugesteckt wurden, auf denen Nummern von Autos und einem Motorrad verzeichnet waren. Man sagte ihm:

Wo die Wagen erscheinen, da gibt es Klamaus.

Die Zettel erhielt der Zeuge von einem Polizeibeamten in Zivil und von einem Kriminalbeamten. Der Polizeibeamte in Zivil sagte: „Herr Leutnant, Sie kennen mich.“ Es war ein Mann aus der Bereitschaft 1 oder 2 Charlottenburg.

RA Dr. Sack: Wo ist der Beamte in Zivil hergekommen? — Zeuge: Ich kann Ihnen nicht sagen, wo er hergekommen ist. Ich war mit dem Publikum beschäftigt.

RA Sack will nähere Einzelheiten über die Beamten, die die Zettel überreicht haben und über die Zahl der Zettel erfahren. Der

Zeuge läßt sich aber nicht ins Bockshorn jagen. Die Zettel hat er auf dem Tisch des Polizeireisiers niedergelegt, wo auch Zettel von verschiedenen anderen Beamten lagen. Er hat die Nummern auf dem Zettel mit den Nummern der festgestellten Autos verglichen. Sie stimmten überein.

Dem Polizeioberwachmeister Kötz wurde von einem Zivilisten, den er für einen Polizeibeamten in Zivil hielt, ein Zettel in die Hand gedrückt, auf dem die Nummer eines Motorrads mit rotem Beimgang vermerkt war. Es war das Motorrad des Angeklagten Damerow.

Mit entscheidend für die Beurteilung der Tätigkeit des Angeklagten Helldorf auf dem Kurfürstendamm waren aber die Aussagen des Polizeihauptmanns Torgler und des Polizeimajors Wegge. Polizeihauptmann Torgler erhielt, auf dem Stadion vom Polizeimajor Wegge gegen 10 Uhr den Befehl, mit allen verfügbaren Mannschaften sofort nach dem Kurfürstendamm zu fahren. Er fand hier das bereits zur Genüge bekannte Bild der Demonstration vor; die Mißhandlungen der Passanten und die Zerstörung des Café Reimann waren bereits vorüber. Nachdem er seine erste Räumungstätigkeit beendet hatte, stand er in der Nähe der Seidenfirma Michels mit dem Polizeimajor Wegge. Durch das Haltesignal waren die Autos gerade zum Stehen gekommen. Seine Aufmerksamkeit zogen zwei dicht nebeneinanderstehende Autos auf sich. In dem ersten befanden sich vier Männer, in dem zweiten sechs.

Alle zehn Insassen waren in der gleichen Weise gekleidet,

mit gelben oder feldgrauen Mänteln oder Toppen und blauen Seglermützen. Torgler machte den Major Wegge auf die Autos

aufmerksam, Major Wegge sagte: „Da ist ja Graf Helldorf.“ In diesem Augenblick setzten sich die Autos in Bewegung; dem Hauptmann gelang es noch, die Nummer des ersten Autos zu notieren.

Polizeimajor Wegge ergänzt die Aussage des Hauptmanns. In der Nähe von Michels wurde er von dem Hauptmann Torgler auf das Auto aufmerksam gemacht und erkannte darin Helldorf. Als er einige Zeit darauf auf dem Fahrdrum Ecke Joachimsthaler Straße und Kurfürstendamm stand, sah er zum zweitenmal das Auto. Er rief ihm nun, wie bereits bekannt, zu: „Was haben Sie uns da für eine Schweinerei eingebrockt?“ Helldorf machte eine Bewegung mit den Achseln, als wollte er sagen, ich kann doch nichts dafür, und meinte auch: Herr Major, was wollen Sie denn von mir?

RA Sack: Woher kennen Sie den Grafen Helldorf? — Zeuge: Von dem verbotenen Sportfest auf dem Stadion. Es waren 40 000 Karten verteilt worden; ein Teil der Leute mußte nicht, daß das Sportfest abgefohrt war. Helldorf und Frederdorff stellten sich mir vor und erklärten sich bereit, mir behilflich zu sein, falls ich irgend welche Schwierigkeiten haben sollte. — RA Sack: Sie kannten also Graf Helldorf nur von der anständigen Seite her. Deshalb werden Sie wohl auch gegen ihn keinen besonderen Verdacht geschöpft haben, als Sie ihn auf dem Kurfürstendamm im Auto trafen. — Zeuge: Doch, ich hatte ganz instinktiv einen Verdacht. Ich hatte nur keine Anhaltspunkte.

Ueber den Wagen des Stahlhelmführers Brandt jagten zwei Polizeioberwachmeister aus. Dem einen hatte ein Zivilist die Mitteilung gemacht, er habe beobachtet, wie aus dem Auto des Angeklagten Brandt an die Demonstranten Beisungen erteilt worden seien; einem anderen Beamten hatte ein Passant berichtet, daß die Demonstration ansehend von dem Auto aus geleitet werde.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, 9. Uhr morgens, statt. Der Zeuge Böhme wurde beauftragt, den Beamten ansichtig zu machen, der ihm den Zettel mit der Autonummer überreicht hat.

Schupo will helfen

Freund der Elenden und Hungernden — Kinder werden gespeist

Der Gau Groß-Berlin des Verbandes Preussischer Polizeibeamten E. B. hat die Berliner Polizeibeamtenschaft zu einer Hilfsaktion für die infolge der Arbeitslosigkeit in Not geratenen Volksgenossen ausgerufen. In dem Aufruf heißt es:

„Die ungeheure wirtschaftliche Depression hat im deutschen Vaterlande eine unerträgliche Not heraufbeschworen. Fast 5 Millionen Volksgenossen sind zur Zeit arbeitslos! Leider ist damit zu rechnen, daß diese Zahl im Laufe des Winters noch beträchtlich steigen wird. Die Maßnahmen der Regierungsstellen zur Linderung der Not reichen nicht aus. Jeder Einzelne, der ein Scherlein übrig hat, muß dazu beitragen, den Kernsten der Armen zu helfen.“

Besonders erschütternd sind die Verhältnisse in den Familien, wo Kinder vorhanden sind. Siechtum und längere Krankheit sind hier unausbleiblich. Kollegen, Polizeibeamte, helft darum den hungernden Volksgenossen, zeigt durch Hergabe freiwilliger Spenden, daß ihr trotz eurer langen Entlohnung und trotz eures schweren, verantwortungsvollen Dienstes für die Lage der übrigen Volksgenossen Verständnis habt! Jeder, der schnell gibt, gibt doppelt!“

Spenden für die „Winterhilfe der Polizeibeamten“ werden entgegengenommen von den Vertrauensleuten des Verbandes auf allen Dienststellen, darüber hinaus auf der Gaugeschäftsstelle, Berlin W., Lüchowstr. 73. Auch können Einzahlungen direkt auf das Postcheckkonto des Gauers Groß-Berlin Nr. 77 260 — Postfachamt

Berlin NW. — unter der Bezeichnung „Winterhilfe des Gauers Groß-Berlin“ erfolgen!

Beabsichtigt ist, aus den eingehenden Mitteln in erster Linie Kinderspeiungen durchzuführen, darüber hinaus aber auch an bedrängte Männer und Frauen zu denken. Mit Zustimmung des Polizeipräsidenten werden bereits in den Polizeistationen an der Verpflegung, die der kasernierten Polizeibeamtenschaft verabfolgt wird, Kinderspeiungen durchgeführt. Hier haben die Beamten freiwillig in der großzügigsten Weise auf einen Teil der ihnen zustehenden und von ihnen bezahlten Verpflegung verzichtet zugunsten der notleidenden Kinder. Der Gau Groß-Berlin will nun diese Kinderspeisung weiter ausbauen, sie möglichst in allen Bezirken durchführen und darüber hinaus auch, falls genügend Mittel vorhanden sind, den kranken und schwachen, in Not geratenen Volksgenossen helfend unter die Arme greifen!

Wäge auch dieser Polizei-Aktion ein recht guter Erfolg beschieden sein!

Volkskonzert in der Singakademie. Am Montag, dem 2. November 1931, 20 Uhr, findet in der Singakademie, Kastanienmädchen, ein Beethoven-Abend des Berliner Sinfonie-Orchesters unter Leitung von Ernst Ewald Geberl, statt. Eintrittspreis: einschließlich Garderobe 50 Pfennig.



20. Juni. „Es hat keinen Zweck, über alles nachzugrübeln. Ich will nicht mehr denken — ich komme doch zu keinem anderen Ziel. Und ist mein Schicksal denn wirklich so schwer? Ich werde eingehen in die große Natur, ich werde eins sein mit den Sternen, die ich so liebe. Nächsten Monat werde ich 18 Jahre alt. Werde ich meinen Geburtstag noch erleben?“

3. Juli. „Es geht zu Ende, es kann nicht mehr lange dauern. Papa will Professor Erb herüberholen. Die Schädeldecke soll geöffnet werden. Aber mir ist nicht mehr zu helfen, das fühle ich. Nur nicht mehr Woche um Woche hier liegen müssen.“

5. Juli. „Liebe Eltern, Ihr werdet mein Tagebuch finden. Denkt nicht, daß ich unglücklich und verzweifelt gestorben bin. Ich bin ganz ruhig und eins mit meinem Schicksal. Mama soll nicht weinen um mich, Papa soll sich keine Vorwürfe machen, weil er mich manchmal angefahren hat. Er ist mir ein guter Vater gewesen, und ich danke Euch beiden für alles.“

Meine letzte Bitte? Seid verständnisvoll zu Germaine, helft ihr, über die schwere Zeit hinwegzukommen. Laßt sie viel lernen, alles, was sie will. Sie soll studieren und ein tüchtiger Mensch werden. Ihr soll alles gehören, was mir lieb war...“

Soriot ließ das Heft sinken. Sein Gesicht war grau und verfallen. Er sah um Jahre gealtert aus. Johanna erwartete einen leidenschaftlichen Schmerzensausbruch. Aber nichts geschah. Tränenlos, in sich zusammengesunken, starrte er vor sich hin. Erst als sie aufstand und an seine Seite trat, hob er den Kopf und sah sie mit übernachtigen, tief in den Höhlen liegenden Augen an.

„Ich hätte nicht heiraten sollen“, sagte er mit einer fremden, heiseren Stimme, „dann wäre dieses Unglück nicht passiert. Ich soll mir keine Vorwürfe machen, schreibt er — er hat recht, denn Vorwürfe sind unfruchtbar, dumm, nutzlos.“

Aber ich muß eben doch unaufhörlich über alles nachdenken, über die Ursachen, die Gründe...“

Johanna strich ihm behutsam über das Haar. „André“, sagte sie, „ich bin heute bei Dr. Horber gewesen, um den Sektionsbefund zu erfahren. Ich habe dir am Todestag in meiner entsehligen Verzweiflung zugerufen, du seist schuld an dem Tode Doffs, weil ich mußte, daß du dir in deiner Jugend einmal etwas geholt habtest. Ich fürchtete, daß diese Gehirnkrankheit darauf zurückzuführen sei. André — ich habe dir Unrecht getan. Sowohl Dr. Horber als Professor Erb vertreten die Ansicht, daß von der Kopfverletzung, die sich Doff damals beim Barrenturnen geholt hat, etwas zurückgeblieben ist. Der Sektionsbefund ergab eine Geschwulst an der gleichen Stelle, auf die er damals auf das Eisen aufschlug, zwischen Groß- und Kleinhirn. Das Schicksal hat uns furchtbar getroffen, wir müssen versuchen, es gemeinsam zu ertragen.“

Soriot sah sie mit erloschenen Augen an. „Jeanne“, sagte er stotternd, „ich denke jetzt nicht an die körperlichen Ursachen. Ich denke an die seelische Leere, die der Junge hier geholt hat — denn da mache ich mir gar keine Illusionen vor, er mußte, wie es um unsere Ehe stand, er fühlte auch den inneren Zwiespalt, zwischen uns zu stehen. Ja, er hat recht, manchmal kam eine Abneigung gegen ihn auf, ein Haßgefühl — er schien mir alles zu durchschauen mit seinen nach innen gekehrten, großen Augen... Und ich mußte doch Vater sein, Autorität, ich mußte den Schein wahren. Am liebsten hätte ich mich manchmal neben den Jungen gesetzt und ihn um Rat gefragt... Denn, Johanna, ich bin zu Ende mit meiner Philosophie und mit meiner Kunst. Ich weiß nicht, wie ich weiterleben soll, wie wir gemeinsam weiterleben sollen.“

„Verstehe mich um Gotteswillen nicht falsch“, fügte er hastig hinzu, als die Frau etwas sagen wollte, „es handelt sich wahrhaftig nicht darum, daß ich irgendeine dieser Gänse, die um mich herumschwärmen, heiraten möchte — mir sind alle Frühlingsgefühle in diesen Tagen gründlich vergangen, das kannst du mir glauben. Aber ich denke immer wieder über den entsehligen Zwiespalt nach, der zwischen dem Künstler und dem Normalmenschen klafft. Ich lebe als Musiker einfach in einer anderen Welt, und je mehr Musiker ich bin, um so größer und unüberbrückbarer wird der Abgrund... Wenn ich Liszts Naphodien, Chopins Balladen spiele, bin ich wie im Rausch. Ich erlebe einen Aufschwung von einer Intensität, eine Erschütterung von einer Tiefe und Nach-

haltigkeit, die ich mit Worten nicht beschreiben kann. Schopenhauer jagt einmal, daß die Musik den Urgrund aller Dinge, das Weltgeheimnis erfasse — ja so ist es, ich bin in diesen Stunden weit, weit weg von hier, in den tiefsten Tiefen, in den höchsten Höhen des Lebens. Aber das alles muß doch irgendwo bleiben, Jeanne, ich kann es doch nicht abstreifen wie einen Rock, den ich mir zum Musizieren überziehe. Es bleibt eben in mir. Ich bin nervöser als du, ich bin zeitweise hellhörig, hellseherisch, ich bin zu Uebertreibungen, zu Gefühlsausbrüchen geneigt, ich bin der Leidenschaft hingegeben. Aber was in der Kunst ein Vorzug, nein, eine Notwendigkeit ist, das ist im bürgerlichen Leben ein Verstoß. Ich bin ein unzuverlässiger, schwankender Mensch, ich bin unruhig und voll Sehnsucht, ich bin ein treuloser Gatte, ein schlechter Vater. Nur wenn ich am Flügel sitze, wenn die Melodien mich hinwegtragen, dann bin ich „außer mir“, dann streife ich die unzulänglichen Hüllen ab. Jeanne, du weißt, was ich meine. Lies Wagners „Verirrungen“, lies Liszts Aufschrei nach Erlösung, nach Gott! Warum hat er seinen Bestuhl immer mit sich geführt, warum hat er Nächte lang auf den Anien gelegen! Ein Beethoven hat den furchtbaren, übermenschlichen Kampf mit den Dämonen überwunden, aber um welchen Preis, mit welchen Opfern! Und ich bin kein Beethoven...“

Er trat ans Fenster und blickte hinaus in die Nacht. Dann wandte er sich um.

„Vielleicht — wenn ich einen anderen Beruf gewählt hätte, wenn ich Wissenschaftler oder Kaufmann geworden wäre, dann hätte ich ein anderer Mensch werden können, denn da gehört der Rausch nicht zum Beruf. Ja, in den Konzerten, da sitzen sie, die Spieler, und wir sollen sie hinwegheben über ihren kleintlichen Alltag, sie sind selig, wenn nur ein Funke unserer Leidenschaft auf sie übergeht, wenn sie an dem Reich, an dem wir schlürfen, nur einmal flüchtig nippen dürfen. Je mehr wir uns aufpeitschen, je tiefer und glühender wir uns den Geheimnissen der Musik hingeben, um so mehr klaffen und jubeln sie. Ist aber das Konzert beendet, dann heißt es: So — nun verwandle dich schleunigst in einen biederen Staatsbürger, mein Lieber, sei ein treuer Gatte, ein vorbildlicher Vater. Wehe dir, wenn du dich unterstehst, es nicht zu sein, wenn du dir etwa einbildest, daß das auch außerhalb des Konzertes so weitergehen soll mit deinen Gefühlsstößen deinen Leidenschaften! In der Kunst — na ja, dafür haben wir dir unser Eintrittsgeld bezahlt, aber jetzt heißt es, parieren!“ — (Fortsetzung folgt.)

Wie Menschen verzweifeln

Arbeitslose Bauarbeiter erzählen — Schlüsselgewerbe ohne Arbeit — Erste Hilfe

Die graufige Mutti des Bauarbeiters Kurt L. o. g. e., der noch zweijähriger Erwerbslosigkeit im Angesicht der Ermittlung mit seiner vierköpfigen Familie in den Tod ging, beklagt bitterlich das Elend der Berliner Bauarbeiterschaft.

Die Hilfe, die einen Tag vor Bekanntwerden der Tragödie die Sozialdemokraten im Stadtparlament durchgesetzt hatten, wurde dem Verzweifellen nicht mehr bekannt. Eine Bilanz der bisherigen Notverordnungen zeigt, daß der Wohnungsbau eine Einbuße von fast einer halben Milliarde Mark erlitten hat. Wenn man hierzu noch die Mehreinnahmen des Hausbesitzes von 530 bis 625 Millionen Mark rechnet, kommt man auf einen Umsatzausfall von 1200 Millionen Mark für das Baugewerbe. Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, wenn die Not der Bauarbeiter von Tag zu Tag drückender wird. Der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion gelang es, in ihrem steten Bestreben um Arbeitsbeschaffung, das Projekt einer Bürgerschaftsübernahme in Höhe von 15 Millionen, das der Finanzierung des Wohnungsbaues dienen soll, zu verwirklichen.

Am 13. Oktober waren in Berlin an Maurern, Zimmerern, Malern, Dachdeckern, Tischlern, Betonarbeitern und Bauhilfsarbeitern nicht weniger als 24395 auf den Arbeitsnachweisen als Arbeitsuchende eingetragen, ohne die Tausende von Arbeitslosen in den Baunebenberufen gerechnet, wie Rohrleger, Baukumpen, Bauanschläger und so weiter.

Wen von der Bauergewerkschaft Berlin im Deutschen Bauergewerksbund sind rund 70 Proz. der Mitglieder erwerbslos, und wenn der Winter erst seinen Einzug gehalten hat, wird auch das Schicksal der übrigen 30 Proz. aufs äußerste bedroht sein.

Friedrichshain-See wird „gekämmt“



Auf den Seen unserer schönen Berliner Parks werden sich die Schlittschuhläufer in nicht allzu ferner Zeit tummeln. In diesen Tagen sind jedoch die Gärtner noch dabei, die Seen von dem abgefallenen Laub zu befreien.

Wir sind zu den arbeitslosen Bauarbeitern gegangen und haben uns folgendes erzählen lassen. Der erste sagt: „Ich bin jetzt 1 1/2 Jahre erwerbslos. Ich habe zu Hause eine Frau und einen Jungen, den habe ich Autoschlosser lernen lassen, jetzt ist auch er arbeitslos. An Unterstützung erhalte ich 14,65 M., im Frühjahr, als die Bauarbeiter noch nicht so im Unterstützungsbezug benachteiligt waren, erhielt ich 22 M. in der Woche. Jetzt bin ich drei Monate lang schon die Miete rückständig. Mit der Hauszinssteuer beträgt diese 20,05 M., die Hauszinssteuer abgezogen beträgt sie etwas über 20 M. Jedenfalls, eine solche lange Arbeitslosigkeit habe ich in meinem ganzen Leben noch nicht erlebt, früher war man mal acht oder auch zehn Wochen ohne Arbeit, aber doch niemals anderthalb Jahre.“

Ein anderer berichtet: „Ich bin noch in der regulären Arbeitslosenversicherung und beziehe mit Frau und Kind an Unterstützung 16,58 M. in der Woche. Früher bekam ich aber 28,35 M. In so hohem Maße hat man uns völlig underechtig abgebaut. Man sagt immer, wir hätten in den guten Jahren sparen sollen, dann hätten wir jetzt etwas in der Not. Dabei habe ich 1931 nur ganze 62 Wochen gearbeitet und in 1930 auch nur 39 Wochen im Jahr, wo sollte ich denn da etwas sparen? Zudem habe ich noch eine teure Wohnung, die kostet monatlich 60 M. Miete, und wenn auch 15 M. für Hauszinssteuer abgehen, dann bleiben immer noch 45 M. übrig, die ich natürlich nicht aufbringen kann. Ich habe schon versucht, die Wohnung zu tauschen, aber ich finde niemanden, der jetzt sich eine 60-M.-Wohnung auf den Hals ladet.“

Neun Mark Wochenunterstützung.

Ein dritter Kollege ist jetzt drei Vierteljahre arbeitslos. Er erhält mit Frau und Kind 16,60 M. Wochenunterstützung, vor den barbarischen Kürzungen erhielt er 25,25 M. An Wohnmiete hat er zu zahlen 14,43 M., die Hauszinssteuer ab macht 38,— M. Jetzt ist er drei Monate lang die Miete schuldig geblieben, weil er sie einfach von den 16,— M. nicht erschwirgen kann, und jeden Tag erwartet er vom Hauswirt die Ermittlungsklage. Wir sprachen dann noch des langen und breiten über die Lebenshaltung der erwerbslosen Bauarbeiter, und sie hatten immer nur eine Antwort: „Kartoffeln mit Bolle, Kartoffeln mit Stippe, Kartoffeln mit Speck, und das ist schon ein gutes Essen.“ Kleidung kann sich kein Mensch mehr kaufen, und mancher braucht so nötig eine Jacke oder einen Mantel für den Winter, aber es geht nicht, dreimal in der Woche muß Hering und Pellkartoffeln gegessen werden. Und schließlich sagte ein jüngerer Kollege, der nur 9,— M. Unterstützung in der Woche erhält, davon muß er 5,— M. für die Schlafstelle bezahlen, die volle Wahrheit und meinte: „Schreib ruhig, daß wir Hunger haben, schweren Hunger!“

Wo wird denn schon noch gebaut?

Wir sprachen dann noch über die Bauten in Berlin. Die lassen sich an den Fingern herzählen, so wenig sind es geworden. Am Potsdamer Platz und am Alexanderplatz, da laufen ja noch ein paar, aber da haben nur noch die Stammarbeiter von einigen Großfirmen ihr Auskommen. Auf den Arbeitsmarkt wird für diese Bauten nicht zurückgegriffen. Sonst liegt alles still. In Treptow am alten Strohensbahnhof ist ein Bau bis zum Keller fertig, jetzt

liegt er still. Kein Geld. Zweihundert Mann hätten da Arbeit. In Hohen-Schönhausen, da ist der Bauzaun schon gestellt und die Bohlenfahrt gelegt. Kein Geld. 1000 Mann hätten da draußen schöne Arbeit. In der Krugallee in Treptow redt sich auf einer Baustelle die Eisenkonstruktion in die Höhe. Weiter ging es nicht mehr. Kein Geld. Dabei müßte jetzt Hochkonjunktur im Baugewerbe sein, um diese Zeit war immer am meisten zu tun. Aus der Furcht vor dem Frost mußten noch die Bauten hoch, verputzt werden und die Fenster mußten hinein, wenn Ladenumbauten vor Weihnachten noch fertig werden sollten, dann wurde in zwei Schichten gearbeitet, aber das ist alles vordel. Am Rathaus, in der Spandauer Straße, wird gegenwärtig in zwei Schichten gearbeitet, in der dortigen Geschäftsgegend soll ein Laden schnell fertig werden, das erzählen sich die Bauarbeiter auf dem Nachweils, als sprächen sie von einem Märchen.

Gewiß sind noch einige Fassadearbeiten vorhanden. Die Polizei hat die Hausbesitzer diesmal etwas schärfer angefaßt

und sie zum Ausbessern der Fassaden angehalten. Jetzt sagen die Arbeitslosen: „Sieh mal, das sind auf den Gerüsten seltsame Maurer. Die haben alle einen blauen Kittel an. Seit wann arbeiten Maurer in blauen Kitteln? Die haben einen weißen an. Aber so ist das heutzutage bei der großen Arbeitslosigkeit. Da kommt der Moment, auf den die Unternehmer lauern, an dem sich nämlich die Arbeiter gegenseitig unterbieten. Das kann schließlich ein Metallarbeiter auch, den Fuß von der Mauer klopfen, aber frage nicht, für welchen Lohn er das macht. Keiner will eben verhungern. Wenn diese Fassadenausbesserungen nur von Facharbeitern gemacht würden, dann könnten noch eine ganze Anzahl von uns vom Nachweils herunter. Aber der Kampf aller gegen alle hat bereits begonnen.“

So kann man weiter sprechen mit den arbeitslosen Bauarbeitern, draußen scheint die Herbstsonne und es ist das beste Wetter, aber hier drinnen sitzen sie zu Tausenden. Arbeitslos, der Verzweiflung nahe....

Anzüge als Rattenfutter

Sklarek-Prozeß: Um das Restlager der KVG.

In der gestrigen Nachmittagsitzung des Sklarek-Prozesses beschäftigte man sich mit dem Verkauf des sogenannten Restlagers der KVG. an die Sklareks, über dessen Minderwertigkeit sich die angeklagten Sklareks besonders heftig beschwerten.

Auch der Angeklagte Tuch bestätigte, daß die gelieferte Konfektionsware sehr minderwertig und fast unverkäuflich gewesen sei. Selbst die Firmen in der finsternen Provinz hätten höchstens acht Mark pro Anzug zahlen wollen. „Es waren blaue Konfirmationsanzüge dabei.“ so erzählte Tuch dem Vorsitzenden, „die schon ganz grün waren und die total von den Ratten zerfressen waren.“ Vor.: Also scheinen hier die Sklareks tüchtig eingeseift worden zu sein. — Satoloffski meint hierzu, daß die Sklareks als Kaufleute die Pflicht gehabt hätten, sich die übernommene Ware anzusehen, und Leo und Willi Sklarek beklagten auf Vorhalt des Vorsitzenden, wie Rag ein so schlechtes Geschäft habe abschließen können, daß sie ihrem Bruder auch deswegen schwere Vorwürfe gemacht hätten, und daß es deshalb zum Krach gekommen sei. — Der Vorsitzende

stellte dann weiter aus der Anklage fest, daß die Zahlungen der Sklareks an die Stadt sehr schleppend eingegangen seien, so daß ihre Schuld zeitweilig über 200 000 Mark betragen habe.

Wie der Vorsitzende weiter erwähnte, wurde im Jahre 1926 ein Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung der Liquidation und der Geschäfte der KVG. eingesetzt, nachdem ein Verlust von über 6 Millionen offenkundig geworden war. Satoloffski wird hier zum Wortführer gemacht, daß er in diesem Untersuchungsausschuß, dem die Stadträte Dr. Richter, Rag, Busch, Gabel und der Angeklagte Bürgermeister Dr. Kohl angehörten, über die Liquidation der KVG. ganz falsche buchmäßige Auskünfte gegeben habe. Er entschuldigte sich gestern damit, daß es doch auf Kleinigkeiten nicht angekommen sei. Zu den weiteren Eigenartigkeiten, die im Laufe der Verhandlung zur Sprache kamen, gehörte dann schließlich noch die Feststellung, daß während der Liquidation der KVG. große Posten von Stoffen und Anzügen spurlos verschwinden waren, ohne daß sich auffindbar ließ, wo sie geblieben sind. Die Verhandlung wurde dann auf Donnerstag früh 9 Uhr vertagt.

Der Mord an der Greifin.

Aufklärung des Raubmordes an der Witwe Wobniß.

Das furchtbare Verbrechen an der 76 Jahre alten Witwe und Zahnärztin Duffe Wobniß aus der Angermünder Str. 6 ist von der Nordkommission aufgeklärt worden. Der Täter ist ein am 16. Dezember 1909 in Breslau geborener Musiker Helmuth Kleiner. Er wurde in Waldenburg in Schlesien festgenommen. Zahlreiche Beweismittel sind herbeigeschafft, so daß an der Täterschaft des Kleiner kein Zweifel mehr besteht. Er hat auch ein Geständnis abgelegt und wurde in das zuständige Amtsgericht eingeliefert.

Die Nordkommission hatte ermittelt, daß in einem Woffengeschäft in der Münzstraße zwei Tage vor dem Mord ein junger Mann einen Totschläger gekauft hatte. Die Beschreibung, die die Verkäuferin von ihm gab, deckte sich genau mit der, die der andere Vermieter der Ermordeten gegeben hatte. Kleiner hatte erwähnt, daß er sich im der Absicht trage, in Waldenburg in Schlesien noch Verwandte aufzusuchen. In Waldenburg war Helmuth Kleiner bereits als Zechpreller festgenommen worden. Da sein Aussehen mit der von der Berliner Nordkommission den anderen Polizeibehörden übermittelten Beschreibung übereinstimmte, sagte man ihm den Mord auf den Kopf zu. Nach kurzen Beugnen legte er auch ein Geständnis ab. Er gab darin zu, Frau Wobniß mit dem Totschläger niedergeschlagen und dann mit dem Handtuch erdrosselt zu haben.

Dachstuhlbrand in Lichtenberg.

Die Feuerwehr wurde in den gestrigen Abendstunden nach dem Wohngrundstück Hausboofstr. 28 in Lichtenberg alarmiert, wo im Dachstuhl des Seitenschlages um 20 Uhr 30 Min. Feuer ausgebrochen war. Die Flammen fanden an Bodengerümpel reiches Nahrung und griffen mit großer Schnelligkeit um sich. Beim Eintreffen der Feuerwehren stand der größte Teil des Dachstuhls bereits in hellen Flammen. Das Feuer hatte bereits auf den angrenzenden Quergebäudedachstuhl übergegriffen. Die starke Verqualmung des oberen Gebäudeteiles machte die Zuhilfenahme von zahlreichem Sauerstoff- und Rauchschuhgeräten notwendig. Die Löscharbeiten, die unter Leitung des Baurates Günther vorgenommen wurden, dauerten über zwei Stunden. Die Abblöschungs- und Aufräumungsarbeiten zogen sich bis in die späten Nachstunden hin. Die Entstehungsurache des Brandes, bei dem annähernd 250 Quadratmeter des Dachstuhles und fast sämtliche Bodenlammern vernichtet wurden, ist noch ungeklärt.

Goebbels-Heße gegen das Reichsbanner.

In Bremerwörde veranstaltete das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold am vergangenen Sonntag einen imposanten Aufmarsch. Mehrere tausend Reichsbannerkameraden legten durch Teilnahme an der Kundgebung ein neues Treuebekenntnis für die Republik ab. Ein Umzug durch die Straßen Bremerwördes, der besonders durch die Diszipliniertheit des Reichsbanners ausfiel, brachte den Kämpfern der Republik erneut die Sympathien eines großen Teiles der Bevölkerung. Wie immer bei den Aufmärschen des Reichsbanners, versuchten einige SA-Kolonnen zu provozieren. Diesen Störenfriedern wurde klar gemacht, daß sich das Reichsbanner nicht beschimpfen läßt.

Das Blatt der Berliner Hakenkreuzler versucht nun, einige kleinere Zwischenfälle als „Reichsbanner-Rachefeldzug gegen Bremerwörde“ und „Bestialisches Blutbad der Hörtling-Banden“ hinzuzufügen. Das Bestreben, von den Heldentaten der Hiltnerburgen in Braunschweig abzulenken, ist offenkundig. Das aber wird den Burlesken nicht gelingen. Die Toten von Braunschweig werden nicht so leicht vergessen!

Berzweiflungstat eines Arbeitslosen.

Die Frau niedergeschlagen — dann Selbstmord verübt.

Im Hause Gerichtstraße 32 auf dem Wedding spielte sich gestern ein aufregender Vorfall ab.

Im Seitenschlag wohnt der 28 Jahre alte Schlosser Franz Kantehardt mit seiner gleichaltrigen Frau Agnes. K. war schon längere Zeit arbeitslos, und es wollte ihm trotz aller Versuche nicht gelingen, wieder Arbeit zu bekommen. Schließlich packte K. derart die Verzweiflung, daß er beschloß, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Gestern mittag erzählte er seiner Frau von seinem Vorhaben und forderte sie auf, mit ihm gemeinsam in den Tod zu gehen. Frau K. war über das Vorhaben ihres Mannes entsetzt und versuchte ihm seinen Plan auszureden. Plötzlich ertönte ein Anfall, stürzte sich auf seine Frau und schlug sie nieder. Durch das Dazwischentreten von Hausbewohnern konnte die Unglückliche vor dem Schlimmsten bewahrt werden. Da sich die Wunden jedoch als gefährlich herausstellten, mußte Frau K. ins Virchow-Krankenhaus gebracht werden. In der Zwischenzeit legte K. dann Hand an sich. Gegen 16 Uhr wurde er in seiner Wohnung erhängt aufgefunden.

Heute Kleiderammlung in Pankow und Steglitz.

Heute und morgen wird in den Bezirken Pankow und Steglitz die große Kleiderammlung der Berliner Winterhilfe durchgeführt. Wagen der Reichswehr werden durch die Straßen dieser Stadtteile fahren, Fanfarensignale werden die Bevölkerung aufmerklos machen und freiwillige Helfer, die eine Armbrunde tragen und einen Polizeiausweis mit sich führen, werden in die Wohnungen gehen, um von gebrauchten Menschen die Kleidungsstücke abzuholen. Es wird um Garderobe aller Art gebeten, auch Gesellschaftskleider, Fracks und Smoking sind für notleidende Künstler sehr willkommen. Anzüge, Mäntel, Schuhe usw. die bereits so zertragen sind, daß ihre Verwendbarkeit nicht mehr möglich ist, haben keinen Zweck für die Winterhilfe.

200 000 Hörer gebührenfrei.

In der neuesten Nummer des Arbeiterfunk, des offiziellen Organs des Arbeiter-Radiobundes Deutschlands (Berlin S. 42), nimmt der Reichstagsabgeordnete Genosse Dr. Herz Stellung zu dem Thema: Gebührenermäßigung und Gebührenerlaß. Da Genosse Herz zugleich Mitglied des Verwaltungsrates der Reichspost ist, kommt seinem Beitrag besondere Bedeutung zu. Interessant ist seine Mitteilung, daß auf Grund der Bestimmung vom 1. März 1931 (wonach Arbeitslose, die Kriegunterstützungsempfänger sind oder als ausgesteuerte Kriegunterstützungsempfänger von den Gemeinden Wohlfahrtsunterstützung erhalten, Gebührenerfreiheit bekommen können) die Zahl der gebührenfreien Rundfunkhörer von 45 000 im März d. J. auf 200 000 im September gestiegen ist. Ein ganz gewaltiger Erfolg praktischer sozialistischer Arbeit, den kein Kommunist und kein Nazi hinwegdisputieren kann.

Sprechchor für proletarische Feiernstunden. Übungsstunde Donnerstag, 29. Oktober, 7 1/2 Uhr, Gesangsraum der Sapienschule, Weinmeisterstr. 16/17.

Das Fest der goldenen Hochzeit begeht am Freitag, 30. Oktober, das Ehepaar Karl Diehe, Berlin-Marionendorf, Dorifur. 86.

Gurgeln Sie mal im Konzert!
? ? ? — Natürlich trocken —
mit **Waldmehl**
das ist angenehmer
und geht überoll!

Schultheiß — ein Warnungszeichen!

Wann wird die Reform des Aktienrechts in Kraft gesetzt?

Nie erwies sich die Reform des Aktienwesens so dringlich wie in diesen Tagen, wo ein Wirtschaftskrisenstand den anderen folgt.

Der Fall Schultheiß ist das neueste, aber keineswegs das einzige Schulbeispiel dafür, welchen Grad die Verrottung des Aktienwesens in Deutschland unter der Herrschaft des alten Aktienrechts erreicht hat. Großspekulanten als Generaldirektoren, die als Beherrscher von Aktiengesellschaften schrankenlos schalten und walten, den Aufsichtsrat, die Aktionäre, die Gläubiger und die Öffentlichkeit hinter sich führen, Aufsichtsräte als Puppen in der Hand der Generaldirektoren, Aufsichtsräte, deren Mitglieder einander und ihre eigenen Aktiengesellschaften betrügen, Bilanzen und Prospekte, in denen Verpflichtungen in Höhe von Dutzenden von Millionen unterschlagen werden, völliger Mangel eines Revisionswesens — dieses

bunte Gemisch von Unfähigkeit und Korruption, Verlogenheit und Leichtfertigkeit.

das wieder einmal im Fall Schultheiß aufgedeckt wurde, kennzeichnet das kapitalistische Wirtschaftssystem, kennzeichnet insbesondere die heute im Aktienwesen herrschenden Zustände.

Natürlich kann auch das beste Aktienrecht die Unfähigkeit und den spekulativen und zum Teil verbrecherischen Charakter der kapitalistischen Wirtschaftsführung nicht aus der Welt schaffen. Aber der Einbau von scharfen Kontrollen in das Aktienwesen erschwert kapitalistischen Freiberufern wenigstens das Handwerk und vergrößert die Möglichkeit, daß die schlimmsten Auswüchse der kapitalistischen Wirtschaftsführung im Keime erstickt werden.

Die Reichsregierung hat in der Rotverordnung vom 19. September eine vorläufige Neuregelung des Aktienrechts geschaffen, die als allererster Ansatz zu einer Verschärfung der Kontrolle über das Aktienwesen gelten kann. Aber die eigene Reform ist völlig dadurch entwertet, daß

die Reichsregierung die entscheidenden Bestimmungen der Rotverordnung nicht in Kraft gesetzt hat,

nämlich die Bestimmungen über die Publizität der Bilanzen und über die Pflichtrevision der Aktiengesellschaften. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Bestimmungen steht im Belieben der Reichsregierung. Aber obwohl schon mehr als ein Monat seit dem Erlass der Rotverordnung verstrichen ist, hat die Regierung noch immer keine Andeutung darüber gemacht, wann sie sie endlich in Kraft zu setzen gedenkt.

Nun könnte man vielleicht zur Rechtfertigung dieses schon mehr als eigenartigen Vorgehens der Regierung darauf hinweisen, daß durch das außerordentliche Ausmaß der Industrie- und Kreditkrise, durch den schweren Sturz vieler Kurse und Effektenkurse die Bewertungsgrundlagen der Bilanzen vielfach ins Wanken geraten oder zum mindesten sehr unsicher geworden sind.

Es soll zugegeben werden, daß dieses Argument in manchen Fällen zutrifft. Aber es wäre das Bedenklichste, was man tun könnte, wenn man sich auf den Standpunkt stellen wollte: Weil die Bewertungsgrundlagen zum Teil unsicher sind, dürfen die Verwaltungen der Aktiengesellschaften nach Herzenslust schwindeln und schieben, die Aktionäre und die Öffentlichkeit hinter sich führen und sich jeder Kontrolle und Revision entziehen. Das würde heißen, auf die Reform und Sanierung des Aktienwesens gerade in dem Zeitpunkt zu verzichten, in dem sie am allerdringlichsten ist, das würde heißen, die Krankheitskeime in einem Augenblick weiterzuschleppen, in dem ihre Ausrottung eine der unerlässlichsten Voraussetzungen für die Gesundung der Wirtschaft ist.

Es soll ja gerade der Hauptzweck der Aktienreform sein, die Verwaltungen der Aktiengesellschaften zur Aufdeckung ihrer Karten zu zwingen, das heißt eben, sie dort, wo es im Interesse der Gesundung der Wirtschaft erforderlich ist,

zur Herabsetzung von Kapitalien zu zwingen, die nur noch als Scheinkapitalien ihr Dasein in den Büchern fristen.

Die Reichsregierung hat in der Rotverordnung vom 6. Oktober Erleichterungen für Kapitalherabsetzungen von

Aktiengesellschaften für die Zeit bis zum 30. Juni 1932 geschaffen. Der Grundgedanke dieser Verfügung ist richtig. Aber die Verfügung bleibt so lange formlos und wird sogar gefährdet, solange die Unternehmungsverwaltungen nicht durch Inkraftsetzung der Publizitäts- und Revisionsbestimmungen der Aktienreform gezwungen werden, in den Fällen, wo es sachlich notwendig ist zur Sanierung zu schreiten. In milderer Fällen würde natürlich der Ausweis von Verlusten genügen, die zum Teil durch laufende Gewinne, zum Teil durch Heranziehung von Reserven getilgt oder schließlich zum Teil durch einen Verlustvortrag ins nächste Jahr übertragen werden könnten.

Es bleiben auch dann noch Fälle übrig, in denen begründete Hoffnung besteht, daß die Entwertung von Aktien nur einen ganz vorübergehenden Charakter trägt. Das mag beispielsweise für festverzinsliche Papiere zutreffen, die durch die außerordentliche Situation der Kreditkrise einen schweren Kursrückgang erlitten haben, bei denen aber die Erwartung durchaus begründet ist, daß, wenn einmal das Schlimmste überwunden ist, eine gewisse Wiedererholung eintritt. Dasselbe mag zum Teil auch für die Aktienkurse von Unternehmen gelten, die an sich gesund sind. Andererseits wird bei den Anlagen und Vorräten die vorläufigste Bewertung erforderlich sein.

Nun könnte man sich vorstellen, daß unter bestimmten, ganz genau umrissenen Bedingungen statt einer einmaligen Sanierung die Einführung eines Krisenkontos zur allmählichen Verlusttilgung gestattet würde, für das natürlich sehr strenge Abzugsmaßnahmen geschaffen werden müßten. Das würde also bedeuten, daß man in den Fällen,

die Hinausschiebung der Abbuchung der Kapitalverluste

gestattet, in denen wirklich zu erwarten ist, daß sich die Abbuchung bald als überflüssig herausstellen wird, und daß man in den Fällen, wo sich wider Erwarten diese Hoffnung doch nicht verwirklicht, die Verteilung der Kapitalverluste auf einige Jahre erlaubt. Wenn man, wie gesagt, derartige Bestimmungen nur unter

ganz bestimmten Bedingungen und mit sehr strengen Sicherungen gegen Mißbrauch und Kautelen für die baldige Tilgung bleibender Verluste schafft, wird man sich angesichts der ganz besonderen Schwere der gegenwärtigen Krise damit abfinden können.

Keinesfalls aber dürfen Bestimmungen geschaffen werden, die es den Unternehmungsverwaltungen ermöglichen, sich um sachlich notwendige Sanierungen zu drücken und dort, wo monopolistische Nachstellungen vorliegen, die Preise mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Tilgung von Kreditkonten künstlich hochzuhalten oder hinauszureiben. Es wäre das Ärgste, was passieren könnte, wenn die Aktienreform, die geschaffen wurde, um den ürgsten Mißbräuchen der Verwaltungsmacht bei Aktiengesellschaften und Konzernen zu steuern, sich gerade umgekehrt in ein Instrument zur Sicherung dieser Mißbräuche verwandelt würde.

Der Fall Schultheiß ist ein deutliches Warnungszeichen. Es muß jetzt schleunigst gehandelt werden.

Es darf nicht noch ein kostbarer Monat nutzlos verstreichen, ehe die bereits vor einem Monat erlassene Rotverordnung über die Aktienreform in Kraft gesetzt wird. Soweit in einzelnen Fällen, wie oben angedeutet, Ausnahmebestimmungen gerechtfertigt sind, können sie sehr schnell erlassen werden. Dann aber besteht kein sachliches Hindernis mehr für die Inkraftsetzung der Aktienreform. Oder legt die Reichsregierung Wert darauf, daß sich das Gefühl immer mehr befestigt, das bei ihrem bisherigen Vorgehen insbesondere gegen die überhöhten Kartellpreise in der Bevölkerung entstanden ist, daß die Regierung nach oben nur einen Scheinlampi führt, um nach unten um so kräftiger drücken zu können? Wenn die Regierung sich von diesem zweifelhaften Ruf befreien will, muß sie in der Frage der Aktienreform schleunigst handeln, ganz abgesehen von der sachlichen Dringlichkeit der Frage, die eben jetzt durch den Fall Schultheiß wieder einmal aufs deutlichste demonstriert wurde.

Eine Erklärung der AEG.

In der Hauptfrage wird ausgewichen.

Nach einer Mitteilung der AEG-Verwaltung kann über das Ergebnis des am 30. September abgelaufenen Geschäftsjahres 1930/31 noch keine Auskunft gegeben werden. Der Rückgang des Umsatzes habe den von der Verwaltung geschätzten Umfang nicht überschritten. Verluste auf Materialkosten, insbesondere auf Kupfer, konnten vermieden werden. Der nach den gegenwärtigen Kursen eingetretene Winderwerb der Effekten und Beteiligungen händen ausreichende Reserven gegenüber, so daß eine Zusammenlegung des Kapitals nicht in Betracht gezogen werde.

Dieses Kommuniqué der AEG-Verwaltung ist nach den vorangegangenen Pressemitteilungen sehr dürftig. Bei dem Rückgang des Umsatzes hätte die Zahl — die man in der Mitteilung der Verwaltung vergeblich sucht — und nichts anderes interessiert Nicht erwähnt sind von der Verwaltung auch die Materialverluste, die aus der Abwertung des englischen Pfundes und dem Verfall der südamerikanischen Währungen entstanden sind. Da der Export im letzten Betriebsjahr weit mehr als 50 Proz. des Gesamtjahres ausgemacht haben dürfte, werden die Währungsverluste ziemlich beträchtlich sein. Im übrigen wird man die Bilanz der AEG, die im Januar nächsten Jahres veröffentlicht wird, abwarten müssen, um die Richtigkeit der Verwaltungsangaben zu prüfen.

Arbeit für den Lokomotivbau.

Die Deutsche Reichsbahn hat jetzt auf Grund des mit dem Lokomotivverband abgeschlossenen dreijährigen Liefervertrages hundert Schnellzug- und Tenderlokomotiven für das Rechnungsjahr 1932 in Auftrag gegeben. Es handelt sich bei dieser Lokomotivbestellung um die Durchführung des Beschaffungsprogramms der Reichsbahn vom April dieses Jahres. Diese Aufträge haben also nichts mit dem zusätzlichen Arbeitsprogramm

zu tun, das aus den Mitteln der Reichsbahnleihe finanziert werden soll.

Wie wir hierzu noch erfahren, hat entsprechend ihrer größten Quote die Henschel und Sohn A.-G. in Kassel 20 Maschinen, die Borsig G. m. b. H. in Berlin-Legde 10 Maschinen, Krupp-Essen 16 Maschinen und die Berliner Maschinenbau-A.-G. vorm. S. Schwarzkopff Berlin-Wilm. 12 Schnellzug- und Tenderlokomotiven zur Lieferung bekommen. Außerdem erhielten die Essinger Schichauwerke 12 Tenderlokomotiven, die Jung G. m. b. H. bei Siegen 3 Maschinen, die Münchener Krauß-Waffel A.-G. München 8 Maschinen und die Maschinenfabrik Esslingen 2 Lokomotiven in Auftrag. Der Wert des Gesamtauftrages stellt sich auf 15,8 Millionen Mark. — Das bisherige Gesamtergebnis der steuerfreien Reichsbahnleihe beträgt am Abend des 27. Oktober 212 Millionen Mark.

Unveränderter Umsatz bei I.G.-Farben.

Verluste infolge Pfundentwertung.

Nach dem Bericht der I.G.-Farbenindustrie A.-G. für das dritte Vierteljahr 1931 sind die Umsätze im allgemeinen auf der Höhe des Vorjahres geblieben.

Der Umsatz in Farbstoffen und Färbereiprodukten ist in einzelnen europäischen Ländern gesunken, aber der vermehrte Absatz nach Uebersee hat den Ausgleich gebracht. In Düngemitteln ist der Auslandsabsatz gestiegen, während der Inlandsabsatz hinter den Vorjahresabsatz zurückgeblieben ist. Ob hier ein Ausgleich erfolgt ist, wird nicht gesagt.

Ueber den Absatz von Benzen, Chemikalien, Arzneimitteln und photographischen Artikeln ist nichts Besonderes mitgeteilt. Dagegen hatte der Absatz von Kunstseide nach Abschluß des europäischen Kunstseideartikels sich zunächst gehoben. Seit August macht sich auch hier die Wirtschaftskrise in sinkenden Umsatzziffern bemerkbar.

Die Entwertung des englischen Pfundes und der skandi-

Rauchen Sie

TETA

ZIGARETTEN

nicht weil sie billig,
sondern weil sie gut sind!

AZET ZIGARETTEN-FABRIK G. M. B. H.

VERTRIEB: MELABAT ZIGARETTENHANDELSGESELLSCHAFT G. M. B. H.
ZWEIGNIEDERLASSUNG BERLIN C2, NEUE PROMENADE 8 TEL. 03 WEIßENDAMM 9408

6 Stück
20 Pfg.



...wischen Währungen hat der J.B.-Farbenindustrie ziemlich starke Verluste gebracht. Wie weit diese aber die gesamten Gewinnziffern beeinflussen, wie weit sich somit die Wirtschaftskrise auswirkt, sei noch nicht zu übersehen.

Kapitalismus und Planwirtschaft.

Die Rolle der Wirtschaftswissenschaft.

Auf der Jubiläumssfeier der Handelshochschule, über die wir an anderer Stelle bereits berichteten, sprach der Rektor Professor Dr. Bonn über „Wirtschaftsplanung und Hochschulziele“.

Der Kernpunkt des Referates bildete eigentlich ein Klage- lied über den Tod des Manchesterismus, der klassi- schen Wirtschaftsfreiheit. Aber manche gute Bemerkung verdient festgehalten zu werden. Aus allen Lagern, so erklärte Prof. Bonn, klinge der Ruf, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem, welches bisher den Tragboden der Wirtschaftsführung abgeben habe dem Ende zuneige. Besonders die akademische Jugend, die berufen sein sollte, sich auf die Führerschaft im Wirtschaftsleben vorzubereiten, beginnt an der Zukunft des Systems zu zweifeln. Ein System, das sich in seinen inneren Widersprüchen zer- reißt, kann die Jugend nicht begeistern.

Die gegenwärtige Krise ist nach Prof. Bonn keine Krise der freien Kräfte, sondern eine Krise der gebundenen Wirtschaft. Es ist die Katastrophe einer Planwirtschaft, die man am besten als hintere Planwirtschaft bezeichnen kann. Solange der deutsche Kapitalismus aber Gewinne als Privatsache betrachtet, Ver- luste aber zu sozialisieren sucht, wird er neue Eingriffe nicht hem- men können. Man muß daher damit rechnen, daß die planmäßigen Befehle der Wirtschaft in Zukunft noch wachsen werden.

Planwirtschaft aber braucht erst recht Wirtschaftswissen- schaftler. Jeder Wirtschaftsplan setzt die Erkenntnis der Zu- sammenhänge aller Wirtschaftselemente voraus. Planwirtschaft läßt sich wohl gefühlsmäßig fordern, kann aber nicht durch bloße brutale Energie, sondern nur mit dem Verstand durchgeführt werden. Daher wird sich die Planwirtschaft ohne Schaden nur dann durchzusetzen vermögen, wenn praktisches Können mit voller theoretischer Durch- bildung vereint dem Unwesen der Interessenten und Dilettanten halt gebietet.

General Electric in Frankreich.

Konzentration der internationalen Elektroindustrie unter amerikanischer Führung?

Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ hat die General Electric Co. ein knappes Fünftel des Aktienkapitals der französischen Compagnie Generale d'Electricite erworben (etwa 25 Millionen Franken von insgesamt 130 Millionen Franken Kapital); diese Meldung ist bisher zwar noch nicht bestätigt, aber auch noch nicht demontiert worden. Ueber eine solche Einflußnahme ist an der Pariser Börse schon seit längerer Zeit gesprochen worden. Sollte sie, was jetzt auch in Frankreich angenommen wird, der Wirklichkeit entsprechen, so würde sie eine sehr wesentliche Interessenabwehnung der größten amerikanischen Elektro- firma in Frankreich bedeuten.

Die General Electric ist bekanntlich wie an der deutschen GEC, und einer großen englischen Elektrofirma bereits auch an der größten französischen elektrotechnischen Gesellschaft, der Thomson-Houston, maßgeblich beteiligt. Eine Einbeziehung

der Cie. Generale d'Electricite würde den bei weitem größten Teil der französischen starkstromtechnischen In- dustrie unter Kontrolle des amerikanischen Kon- zerns stellen. Dies ist von erheblicher internationaler Bedeutung insofern, als in naher Zukunft auch eine engere Annäherung des Siemens-Konzerns an die General-Electric-Gruppe zu er- warten ist.

Die Konzentration in der internationalen Elektroindustrie er- reicht parallel zur Verschärfung der Krise einen immer höheren Grad.

Die GEC von Januar bis September.

Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Kon- sumvereine berichtet über die Umsätze in den ersten drei Viertel- jahren 1931. Der Gesamtumsatz betrug 320 791 165,28 M und ist gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres mit 365 213 607,92 M um 44 422 442,64 M, oder 12,16 Proz zurückgegangen. Der Umsatz an Eigenzeugnissen aus den Produktionsbetrieben ist gegenüber 1930 von 99 074 302,14 M um 8 091 676,57 M, gleich 8,17 Proz., auf 107 165 978,71 M gestiegen.

Englische Kunstseideverluste.

Schlechter Abschluß des Celanese-Konzerns.

Der Optimismus, den die Verwirklichung des britischen Kunst- seidekonzerns Celanese im vergangenen Jahr auf der General- versammlung zur Schau trug, ließ sich für das am 30. Juni abgeschlos- sene Betriebsjahr 1930/31 einen guten Abschluß abwarten. Um so enttäuschender ist für die an der Kunstseidenindustrie interessierte englische Finanzwelt das jetzt veröffentlichte Betriebsergebnis dieses zweitgrößten britischen Kunstseidekonzerns.

Die Wirkungen der schweren Krise in der Kunstseidenindustrie treten in dem vorliegenden Abschluß mit aller Schwere in Erschei- nung. Der Rohgewinn ist um fast die Hälfte von 38,5 auf 20 Millionen Mark gesunken. Obwohl Abschreibungen überhaupt nicht abgesetzt sind, ergibt sich ein Verlust von fast 5,4 Millionen Mark. Da die Abschreibungen im vergangenen Jahr etwa 5,2 Mil- lionen Mark erforderten, würde sich bei Vornahme der notwendigen Abschreibungen der Gesamtverlust des Celanese-Konzerns 1930/31 auf mehr als 10 Millionen stellen. Um einem einmaligen Druck auf Kapitalzusammenlegung vorzubeugen, hält die Konzernleitung weiter an ihrem Optimismus fest, obwohl die Be- triebe nur zu etwas mehr als 30 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt sind. Der Celanese wird es also auch im laufenden Jahr nicht möglich sein, ihr 160-Millionen-Kapital zu verzinsen, zumal noch die diesmal unterlassenen Abschreibungen 1932 bedeutende Summen erfordern werden.

Öffentliche Kundgebung

im 19. Kreis — Pankow

Am Mittwoch, dem 23. Oktober, 20 Uhr, im Lokal „Schloß Schönhausen“ in Niederschönhausen, Lindenstr. 11

Es spricht Reichstagsabgeordneter Anton Reißner über:

Private Wirtschaft oder Sozialismus

Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Die Kreisleitung.

Die industriellen Genossenschaften in England haben nach offiziellen Statistiken Ende 1930 die Zahl von 1307 Gesellschaften mit 6 404 000 Mitgliedern erreicht. In den Jahren 1926 bis 1930 hat die Mitgliederzahl um 1 506 000 zugenommen. Das Kapital der Gesellschaften stieg gegenüber dem Jahre 1929 um 14,46 Millionen Pfund Sterling oder um 7 1/2 Proz. Der Gesamt- ablage belief sich auf 327,79 Mill. Pfund und ergab nach Abzug der Kapitalverzinsung noch einen Ueberschuß von 29,61 Mill. Pfund. Das gesamte Anleihe- und Reservekapital betrug 206,99 Mill. Pfund Sterling.

Sport.

Rennen zu Strausberg am Dienstag, 27. Oktober.

1. Rennen: 1. Meise (Habt) (C. Viehoff); 2. Tauberte; 3. Ersta. Toto: 30:10. Platz: 12, 12, 12:10. Ferner liefen: Vesac, Taunus, Edelstein, Sorigo.
2. Rennen: 1. Rifa (Unterholzer); 2. Carlchen; 3. Elend. Toto: 24:10. Platz: 15, 27, 28:10. Ferner liefen: Zill Eulenspiegel, Troica, Bellina, Regus, Hauptmanns Schmelzer, Bergangerheit, Pragepfeil.
3. Rennen: 1. Puz (Hugent); 2. Ostertrude; 3. Uok. Toto: 58:10. Platz: 12, 13, 10:10. Ferner liefen: Teutone, Margot, Schelwe, Durone.
4. Rennen: 1. Wotan (Schreier); 2. Prinzessin; 3. Tona; 4. Reichenbach. Toto: 167:10. Platz: 44, 18, 20, 20:10. Ferner liefen: Krin, Rentmeister, Trachäe, Bialta, Normont, Unlug, Limpura, Orieisus, Agraffe, Will, Garde.
5. Rennen: 1. Borjus (Pöschke); 2. Schäferberg; 3. Rote Kette. Toto: 42:10. Platz: 19, 34, 10:10. Ferner liefen: Zell, Thernidor, Sonntagmorgen, Fackel, Runderfuss, Arriesspiel, Fedrilla.
6. Rennen: 1. Fohrt (Rohlf); 2. Fohrt; 3. Koch einer. Toto: 41:10. Platz: 14, 13, 20:10. Ferner liefen: Napsodie, Palanckenne, Stella, Zenonius, Wachtmeister.
7. Rennen: 1. Ravelis (Stahle); 2. Jambus; 3. Golo; 4. Helleberin. Toto: 178:10. Platz: 39, 27, 19, 16:10. Ferner liefen: Parobewerlich, Altenhof, Elpi, Frohwalt, Silberfuchs, Karelian, Wanda, Genbill, Rasdel, Petras.

Doppelwette: Rein Einlay. Fuß 24:10. Wotan 374:10.

Rosenthal-Porzellan bei Wertheim.

Im Sidhof des Wertheim-Hauses, Leipziger Straße, bietet sich in diesen Tagen ein ungewöhnliches Bild: Töpfer, Glaser und Former hantieren mit flüssiger Porzellanmasse; in großen Behältern kneten sie zuerst den Porzellanleim, der sich aus Kaolin, Quarz und Feldspat zusammensetzt und nach verschiedenen Zer- kleinerungs- und Mahlgängen zur verwendungsfähigen Porzellan- masse wird. Durch Filtrierpressen entfernt man das überflüssige Wasser, dann wird die Masse in Gipsformen gebracht, wo sie durch kunstfertiges Drehen, Walzen und Abbleichen zu Tellern, Tassen, Schüsseln und Kannen wird; auf Trockenregalen wird die Rohform aufgestellt, nachher sauber gepulvt und bei einer Temperatur von 800 Grad gebrannt; das nunmehr verglühte Porzellan erhält jetzt den Fabrikstempel und wandert durch die Porzellanfabrik. Das glasierte Porzellan wird nun einer Hitze von 1435 Grad ausgeleht und nach dieser Prozedur ist das Stück soweit um von den Porzellanmalern in Empfang genommen zu werden, die mit feinen Pinseln und geschulten Fingern zarte Blumenmuster, Goldverzö- rungen und farbige Bänder auftragen; noch einmal muß das jetzt fertige Porzellan in den Ofen, damit sich Porzellan und Farbe aufs innigste verbinden. Bei der Porzellanmanufaktur hat die Maschine die Menschenarbeit nicht verdrängen und ausschalten können, der eben komplizierte und interessante Produktionsvorgang erfordert viel Geschick und Akkuratheit. Rund um das Arbeitsgebiet ist eine reichhaltige Schau fertiger Gegenstände zu sehen, vom winzigen Schälchen bis zur mächtigen Suppenterrine. Für ganz wenig Geld kann man hier schon allerlei hübsche Sachen erstehen.

Frühstück-Lichtspiele, Opernrevue. Das im gelben Abend veröffent- lichte Programm ändert sich wie folgt. Bis einschließlich Donnerstag „Seine Freundin Anette“ und „Der Bichseppel“.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater. Mittwoch, den 25. Oktober. Staatsoper Unter den Linden. 20 Uhr. Der Zigeunerbaron. Peer Gynt. Doktor Klaus.

Winter Garten. 8.15 Uhr. Flora 3434. Nicholas, Maria Ney, Napoli. Handy - Bandy, Bial & Remo, Walter Carlos zeigt Rumba. 2 A'bertos usw.

Städt. Oper. Charlottenburg. Scharckstraße 14. Mittwoch, 28. Okt. Turnus II. Anfang 19.30 Uhr. Hoffmanns Erzählungen. Volksbühne Theater am Mühlplatz. 8 Uhr. Das vierle Gebot.

Theater des Westens. Täglich 8 1/2. Sonntag 10 1/2. Das Dreimäderlhaus. Maria Paudler. Musik von Schubert.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Freitag, den 30. Oktober, mittags 12 Uhr, im Verbandshaus, Cielentzstr. 63-65. Arbeitslosen-Versammlung der Eisen- u. Revolverdreher, Dreherinnen u. Rundschleifer.

ROSE-THEATER. Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag 8.15 U. Mittwoch, Sonnabend und Sonntag 6 u. 9 U. „Frühling im Wiener Wald“.

SCALA. Tägl. 8 u. 8 1/2 Uhr. Bernard Eté. Grace du Faye. Anstet u. Arthur. 4 Bronnits. u. weit. Attrakt. Paul Nikolaus. Konteriert.

NUR NOCH 3 WOCHEN. GROSSES SCHAUSPIEL. TÄGLICH 8 UHR. REGIE: Im Charell. DER WELTERFOLG!

Theater im Admiralspalast. Täglich 8 1/2 Uhr. Die Dubarry mit Gitta Alpar. Preise v. 0,50 M. an.

Theater am Nollendorfplatz. Täglich 8 1/2 Uhr. Max Adalbert in Der beschleunigte Personenzug.

HAUS WATERLAND. Vergnügungs-Restaurant Berlins. BETHRIE KEMPINSKI.

KLEINE ANZEIGEN. Preis: Überschriftswort 25 Pf., Textwort 12 Pf. Wiederholungsrabatt: 10 mal 5 Proz., 20 mal oder 1000 Worte Abschluß 10 Proz., 2000 Worte 15 Proz., 4000 Worte 20 Proz.

Reichshallen-Theater. Täglich 8 Uhr. Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr. Stettiner Sänger. Der arme Kasimir.

Deutsches Theater. Täglich 8 Uhr. Kabale und Liebe. Die Komödie. Jemand.

Wohltätigkeitsfest für ein Erholungsheim der Berliner Feuerwehr am Mittwoch, den 4. November 1931 in den gesamten Festsälen des Zoologischen Gartens. Künstlerisches Programm. Tanzgruppen. Meisterturner der Berliner Feuerwehr. Tanz - Mehrere Kapellen - Tombola.

Verkäufe. Musik-Instrumente. Fahrräder. Möbel. Bekleidungsstücke. Ver-mietungen. Wohnungen.

CASINO-THEATER. 8 1/2 Uhr. Lothringers Straße 37. Volkstheater Mecker-Fritze.

Kurfürstendamm-Theater. Scharckstr. 44/45. Täglich 8 1/2 Uhr. Die schöne Helena.

Rennen. Grunewald. Heute, 28. Okt., 2 Uhr. Winter-Preis.

Planetarium. Tägl. außer Montags 3, 5, 7, 9 Uhr. Eine Filmfahrt in Die Alpen.

Alexander v. Sacher-Masoch: Ein Mensch geht heim

Am Nachmittag, um dreiviertel fünf, pflege ich mir die Hände zu waschen. Dann streife ich die Bluse ab und stopfe mir oft noch mein Pfeifen mit jener Umständlichkeit und Sorgfalt, die uns älteren Männern eigen zu sein pflegt, während die Jungen hastig an mir vorbeistürmen, um den allerersten Zug zu erreichen. „Ihr habt Eile“, denke ich mir, „denn ihr wißt noch nicht, daß wir nie so ganz zurecht kommen können in diesem Leben. Auch ich hatte Eile in eurem Alter.“

Dann muß ich noch eine halbe Stunde mit dem Borortzug fahren. Der Mann am Schalter grüßt mich, denn ich wohne schon seit Jahren in diesem Ort. Ich gehe eine lange Baumallee entlang. Wenn es Sommer und noch hell ist, tanzen die Schatten der Stämme über den Weg und über meine Stiefel. Im Winter ist es die Dämmerung, die ihre Schönheiten hat. Am Ende der Allee steht ein einzelner, leuchtender Stern über der Ziegelfel, die rechte Hand zwischen den Baupfählen dunkel emporragt. Diesen Stern kenne ich genau. Er grüßt mich jeden Abend. Wenn ich um die Wegbiegung komme und diesen Stern erblicke, dann weiß ich, daß ich nach wenigen Schritten daheim bin.

Der Ort, in dem ich wohne, liegt in der Ebene, und oft pfeift der Wind durch die kleinen, eingezäunten Gärten und zwischen den Einfamilienhäusern der Arbeiter hindurch.

Gestern kamen mir auf dem Heimweg seltsame Gedanken. Genauer gesagt, hatte dieses Nachdenken über Ereignisse meines vergangenen Lebens schon im Wagen der Borortbahn begonnen. Ich saß an meinem Platz, junge Kerle stiegen ein. Sie hatten die Mütze schief im Genick, scherzten und lachten miteinander. Als der Zug in die zweite Station einfuhr, begann einer von ihnen ein Lied zu singen und die anderen stimmten ein und sangen mit. Ich kann mich nicht mehr genau an den Text erinnern, aber es war ein Lied, das von der Arbeit handelte und von der Heimkehr nach der Arbeit.

Wenn die Dämmerung steigt
Und die Sonne sich neigt,
Dann kehren wir heim —

Diese jungen Leute verließen bald wieder den Wagen, aber die letzte Strophe des Liedes haßte irgendwie im pulsierenden Rollen der Räder und ging mir nicht aus dem Kopfe. Auch ich kehrte heim. Zu meiner kranken Frau. Und aus dem Wege vom Bahnhof bis zu meinem Häuschen durchdachte ich mein Leben.

Meine Kinder — mein Junge und mein Töchterchen, wuchsen freilich nicht so gehetzt und gepflegt auf, wie die Kinder der Reichen. Aber welche ungeheure Lust trennt ihre Kindheit von dem bitteren und qualvollen Los meiner Kinderjahre, die vor mir aufstehen in der Erinnerung. Dennoch kann ich nie ohne Nührung an die schwarzen, verrußten Mauern jener Arbeiterkaserne zurückdenken, in der meine Eltern hausten. Insgesamt waren wir vier Geschwister und wohnen in einem elenden Loch, das uns als Küche, Kammer und Stube zugleich diente. Hart an die Mauer der Mietkaserne grenzte das Eisenwerk, wo mein Vater beschäftigt war. Die Wände unserer Wohnung bedien Tag und Nacht unter den Schlägen der Eisenhämmer und der Wärdel bröckelte von den Wänden. Dieses Dröhnen hörte niemals auf, Tag und Nacht, Nacht und Tag dröhnten die Hämmer. In diesem Lärm wurde ich geboren. Ich kannte die Stille nicht. An den Sonntagen stand das Werk, aber der Lärm hämmerte weiter in unseren Herzen. Wir hörten ihn auch dann, wenn er schwieg. Das Haus war zwei Stockwerke hoch, hinter den kleinen Fenstern hingen ruhige Gardinen, im Hofe wucherte Unkraut. Gegenüber erhob sich in geringer Entfernung ein zweites Wohngebäude. So entstand ein Biercafé, dessen zwei Seiten die beiden Arbeiterblöcke bildeten, die dritte Seite grenzte an die Mauern der großen Maschinenhalle, die vierte bildete ein Jaun, in dessen Mitte eine kleine Holztür mündete. Genauer genommen, war hier früher einmal eine Türe gewesen, aber seit ich mich erinnern konnte, fehlte sie bereits und an ihrer Stelle sah man ein viereckiges, in den Jaun gebrochenes Loch. Durch dieses Loch trat

meine Mutter jeden Morgen in die frühe Dämmerung hinaus, um die Büroräume der Herren Kasseher auszufegen. —

Denn ihr Tagewerk begann um vier Uhr früh, manchmal noch früher. Ihre Augen waren immer von Schlaflosigkeit gerötet, sie hatte ein bleiches, längliches Gesicht und ihre Nase stach spitz hervor. Ich weiß noch, daß ich mich damals als kleiner Knabe oft wunderte, wie dünn ihre Arme waren, wenn sie die Kermel der Bluse hochstreckte, um nachts die Wäsche für uns zu waschen. Ich schlief in einem Bett mit meinem jüngeren Bruder Michel, steckte den Kopf unter der Decke hervor und starrte meine Mutter an. Ihre hagere Gestalt hing gebeugt über dem Waschtrog und sie stemmte sich mit ihren schwachen Fäusten gegen das Waschbrett. Von Zeit zu Zeit hielt sie inne, um zu verschlucken und preßte ihre linke Hand gegen ihr heftig pochendes Herz. Und weil sie sich unbeobachtet wähnte, senkte sie in längeren Pausen tief auf und strich sich mit einer eigenartigen, schüchternen Bewegung durch das Haar. Diese Geste ist mir die vielen Jahre hindurch in Erinnerung geblieben und in dieser Stellung sehe ich die Gestalt meiner Mutter oft vor mir, wie sie sich mit der Hand durch das Haar streicht. Diese Bewegung erweckte den Eindruck, als habe sie etwas verloren oder vergessen und denke angestrengt darüber nach, was es wohl sein könne. Was mochte sie wohl verloren haben?

S. Richards: „Armer Heinrich“

Von den Docks klingt hämmernder Stahl herüber. Um uns wirbelt das grellbunte Treiben des Hafenviertels: Keger, Wairofen, Händler und Huren. In den engen, steilen Gassen, die nach dem Hofenslund hinabführen, kirmen sich die Häuser. Es riecht nach verdorbenem Fleisch und Fischen. Bettler und frange Kinder überall. Hier — scheint es — fault die Erde!

Im Hafen von Marseille. Glutende Hitze lagert über der Stadt und strift sich sengend in die Haut ein; der heiße Odem kündet das nahe Afrika. In den Straßen ist es unerträglich für uns; am besten ist wohl die Flucht ins offene starblaue Wasser hinaus. Wir schlendern zum Kai. Dort liegen die Boote für den Fremdenverkehr. Schilder und Bootsteuerer weisen auf das Fahrziel hin. Ohne Besinnen steigen wir in eins der Boote. Gröhnend hebt der Bootsmann die Ruder, um mit der Linken sofort den Fahrpreis zu fordern; vier Frank fünfzig! Der Motor springt an. Langsam gleitet das Boot durch den Wald fremder Schiffe. Ein wirres Gezwirg von Masten, Rahen und Buggestängen. Trotz der Hitze ist auf den Schiffen regles Leben. Frachten werden geladet; Auf und Quatsch schwärzen hier den südlichen Himmel.

Endlich steuern wir ins offene Meer hinaus. Seltlich voraus stemmt ein letztes Fort sich finster und kühn in den Himmel hinein. Auf den Mauern liegen Blauhosen, Soldaten und winken. Legionäre, die heißhungrig auf die afrikanische Erde warten.

Das Boot steuert weiter seewärts. Die Bugwelle schäumt auf. In flimmernder Breite zischt das Kielwasser hinter uns her. Eine Insel taucht aus dem Meere empor: schwarz, still und stumm. Im Kreisrund der Longlöcher sind nur Felsen und hohe Steinmauern zu erkennen, an denen sich die vom Meere gebrochenen Sonnenstrahlen wieder emporpiegeln. Der Bootsmann saßt das Sprachrohr und spricht erklärende Worte zu uns ins Boot. Frankreichs Leiproserie ist in Sicht gekommen — die Insel der Ausfägigen! Uns schaudert! Der Bootsführer erzählt uns die Geschichte dieser Insel und ihrer Bewohner. Wieder richten wir die Gläser hinüber und hören zu. Es ist ein grauenvoller Bericht.

Seitdem die Seuche auf der Insel lauert, hat nie mehr eines gefunden Menschen Fuß die Insel betreten. Man meidet die Be-

Sie hatte alles verloren. Sie konnte die Sonne nicht, sie mußte nichts vom Blühen der Bäume und vom Duft, der an stillen Sommerabenden aus der Erde strömt. Denn niemals verließ sie das Industrieviertel. Ihr Tag begann mit der frühen, schmutz-grauen Dämmerung des Morgens, die Fabriksschle verräuchten ihr den Himmel und das war vielleicht der Grund, daß ich sie immer so vor mir sehe, mit gesenktem Blick und gebeugtem Nacken, niemals aber mit frei erhobnem Kopfe.

— In diesen Frühherbsttag, der zugleich mein erster Schultag war, erinnere ich mich noch ganz genau. Dieser Tag war in mehr als einer Beziehung bemerkenswert. Ich war sechs Jahre alt und erhielt an diesem Morgen mein erstes Paar Schuhe. Ich muß noch heute lächeln, wenn ich daran denke, mit welcher Feierlichkeit meine Mutter mir die Schuhe an jenem Morgen überreichte. Bis zu diesem Tage bin ich immer barfuß gelaufen, barfuß im Sommer, Frühling und Herbst — im Winter pflegte ich unser Zimmer nicht zu verlassen.

Das feierliche Ansehen meiner Mutter an jenem Morgen bewirkte, daß ich die Schuhe mit einer gewissen ehrfurchtsvollen Scheu betrachtete, und als ich sie endlich mit Hilfe meiner Mutter angezogen hatte, meine Füße nicht wiedererkannte. Ich stieg vorlegen von einem Bein auf das andere, strauchelte bei den ersten Schritten und wäre fast gefallen. Von dem Varm der dadurch entstand, ermachte mein Vater und suchte erbittert vor sich hin. Er hatte einen seiner seltenen freien Tage und mein Gepolter störte ihn im Schlaf. (Schluß folgt)

rührung mit den Ausfägigen. Wer je nach dieser Insel verdrachtet wird, der kehrt nie von ihr zurück; der ist für immer ausgeföhren — ausfägig geworden. Und nicht wenige sind es, die dieses Los heute noch trifft. Allein in Frankreich zählt man auf je hunderttausend Wehrpflichtige 77 Lepröse. Auf der Insel haufen Männer und Frauen gemeinsam. Aber Männer sind in der Ueberzahl. Alle im besten Alter, zwischen dreißig und fünfzig Jahren. Sie haben keine Hoffnung mehr. Es gibt kaum Besserung ihrer Krankheit, fast keine Heilung. Dämmerndes Dunkel liegt über dem Erreger der Seuche. Wege zur Ausheilung sind noch nicht gefunden worden. Dabei ist der Ausfäg eine der ältesten Krankheiten, die Europas Seuchengeschichte kennt. Bisher ist es noch nicht einmal gelungen, den Bazillus in Reinkultur zu züchten, um wenigstens Tierexperimente durchführen zu können. Auf der Insel leben, lieben und leiden die Kranken fast ebenso wie wir. Sie haben Fest- und Trauertage. Auch bei ihnen dreht sich um Geburt und Tod das ganze Leben. Dennoch bekommt man keine Kinder zu sehen. Nach der Geburt kommen die Säuglinge nach der Küste, damit Ansteckung vermieden wird. Wie aber das Leben auch sei, über allem auf der Insel herrscht grauam und souverän der Tod. Hier gibt es nur Menschenwrauds. Wenn die Kranken nicht irgendeiner Beschäftigung nachgehen, hocken sie in Lüren und Fenstern. Entsetzlich verstümmelte Gestalten. Hier eine tiefeingesunkene Nase im knöchigen Gesicht, dort freilebende lästige Fingergeschwülste um entzündete, vielleicht schon erblindete Augen. Stumm stehen die Menschen herum. Das Arabowasser, das auf die Straßen gesprengt wird, bannet den Geruch lepröser Wunden nicht. Steig huschen Lerzge und Schweistern in den Häusern ein und aus. In aufopfernder Arbeit leisten sie einen gewissen Menschheitsdienst. Aber — auch sie sind leprös! Ihre Erfahrungen legen sie in eingehenden Berichten nieder. Berlauf der Krankheit, die so mannigfaltige Erscheinungen kennt, die Wirkung der Heilmittel, alles wird genauestens registriert, damit diese Erfahrungen den klinischen Instituten in allen Erdteilen zugänglich gemacht und dort ausgewertet werden können, bis — nun, bis einmal Heilung möglich sein wird.

Inzwischen geht das Leben weiter. Der Staat versorgt die Kranken mit allem notwendigen Lebensbedarf. Zweimal in der Woche fährt die Leprabarte nach der Insel, um Rufen und Ballen an Land zu werfen. Keiner darf von Nord und umgekehrt auf das Schiff. Während die Kranken ihre Gärten pflegen, die Häuser betreten oder sonstigen Beschäftigungen nachgehen, bringen ihnen der Telegraph und das Radio die neueste Kunde. Die Sender Berlins, Londons und von Paris wettern darin, ein Bild des geistigen Lebens unserer Zeit auf die Insel hinüber zu spiegeln. Und doch ist das Schweigen dieser Insel unheimlich und grauenvoll.

Das Steuer zwingt das Boot in weitem Bogen um die Insel herum. Der Bootsmann erzählt noch immer. Geschildert verteilt er die Pointen seiner Rede. Mit factastischen Bemerkungen spricht er vom eisernen Besen dieser Insel, der das faulende Fleisch ins Meer segt. Die furchtbare Brutalität seiner Worte wird den Mitfahrenden kaum bewußt; er ist der beste Bootsfahrer der Fremdenverkehrs-gesellschaft. Die Insel taucht wieder ins Meer. Die flackernden Strahlen der untergehenden Sonne leuchten wie ein Janal über dieser sterbenden Welt. Im gewaltigen Atem des Meeres wird das Boot hin und her geschaukelt. Aber der Bootsmann ist seines Steuers ebenso sicher wie der Wirkung seiner Worte.

Wir fahren in den schmutzig-faulenden Sumpf des Hafens zurück. Doch unsere Gedanken weilen noch draußen auf der Insel der Ausfägigen. Bei jenen Menschen, die mit der furchtbaren Seuche behaftet sind, die die Erde kennt. Schon im Mittelalter gab man ihr den grausamen Namen „Armer Heinrich“. Jahrzehnte warteten die Kranken auf den Tod, den sie täglich vor Augen haben. Er zerrt und zerstört ihre kranken Glieder, aber er heilt sie nicht. So können seit Jahrhunderten die Schmerzgeschreie dieser Ausfägigen durch Europa, und doch verlorste das rafflose Menschenheim bisher im Kampfe gegen den winzigen Leprabazillus. Auch die südliche Sonne, die wenige Bahnstunden von hier, an der Riviera, Tausenden noch Heilung bringt, sie vermag diesen Menschen nicht mehr zu helfen.

Das Boot legt an. Die ersten Positionslaternen der Schiffe lassen ihr buntes Licht ins Wasser zittern. — Noch in der Nacht verspüren wir den heißen Odem dieser faulenden Erde.

Die chinesische Hauptstadt Peking ist durch ihre verschiedenen Mauern berühmt. Es liegt gewissermaßen eine Stadt in der anderen, und jede ist durch eine Mauer abgeschlossen. Die ganze Stadt ist von einer Hauptmauer umgeben, die vier Tore, eins nach jeder Himmelsrichtung, hat. Der Mandchu-Kaiser Chan Ping hat diese Mauer vor zweihundert Jahren erbaut. Bis nächstfolgende Mauer umschließt die Latorenstadt, dann kommt die Mauer, die die „Verbottene Stadt“ von ihrer Umgebung abtrennt. In dieser Verbottene Stadt liegen die kaiserlichen Paläste, die noch wieder von der „Kaisermauer“ dicht umgeben sind. Endlich befindet sich noch eine Mauer um das Viertel, in dem die ausländischen Gesandtschaften liegen. Diese Mauer ist mit Schießscharten versehen. Heute darf die Verbottene Stadt gegen Erlegung eines kleinen Eintrittsgeldes von jedem betreten werden.

Eine Mutter bringt bis zu 1200000 Junge hervor. Würde man diese Tiere auszuwachsen lassen, so würden sie etwa 1200 Tässer füllen.

Erna Büsing: Reitende Tiger

Im Bremer Museum stehen ausgestopft ein Tiger und ein Elefant. Es ist eine der grauigsten Gruppen, die man sich denken kann; denn der Tiger hat sich an dem Elefanten festgebissen und der Ueberfallene macht den Versuch, die Bestie sich unter die Beine zu schlüpfen, um sie zu zertrampeln. Wer wird fliegen? Die Frage bleibt ohne Antwort. Sie beschäftigt einen immer wieder, weil man einen unerforschlichen Eindruck von diesem rekonstruierten Kampf mitnimmt.

Tiger und Elefant, sind sie überhaupt zusammenzubringen? Die Frage verfolgt einen und Rudolf Matthies machte den gelingenden Versuch. Seit Jahren Raubtierdompteur, brachte er vor 20 Jahren einen Löwen heraus, der auf einem Elefanten ritt. Sollte dasselbe Experiment nicht mit einem Tiger glücken?

An Tigern ist bei Matthies gerade kein Mangel, verbringt er doch sein Leben unter Tigern und selbst wenn man in irgendeinem Zirkus in seine Garderobe kommt, springt einem dort ohne weiteres ein Tiger entgegen. Das ist natürlich nie ein ausgewachsener, aber sehr oft ein ziemlich derber Bursche. Der Dompteur sagt in solchem Falle erklärend: „Er ist es nicht gewohnt, hinter Gittern zu leben.“ Was praktisch bedeutet: „Wenn du vor einer kleinen Körperverletzung oder um deine Kleider Angst hast, dann bleib draußen.“

Mit derartig sieben Tigerfreunden verläuft ein Tierlehrer während allerlei Kunststücke auszustufen. Namentlich, wenn ihm ein Tiger so ans Herz gewachsen ist, wie Kitty. Sie erblickte in der Gefangenschaft das Licht der Welt, zusammen mit zwei reizenden Brüdern. Im Zirkusstall war bester Freude, nicht nur bei den Menschen, sondern auch bei der Tigermama, bis die eines Tages mal besonders schlecht gelaunt war und ihre beiden Söhne auftraß. Kitty blieb übrig.

„Sicher ist sicher“, dachte Matthies, nahm der Tigerin das Baby weg und brachte es zu sich in den Wohnwagen. Auf diese Art und Weise bekam das kleine Tigermädchen Menscheneltern, die es mit der Flasche großzogen. Das ist nicht leicht, ein Tiger verlangt oft zu trinken und immer und immer wieder mußte Milch gewährt werden. Das Ehepaar Matthies konnte in keiner Stadt gemeinsam ausgehen, einer mußte beim Tigerbaby bleiben. Am schlimmsten aber war es nachts während der Fahrt. Heutzutage weiß ein Zirkus nur kurze Zeit an einem Ort. Die Fahrten werden nachts zurückgelegt und der Wohnwagen steht auf einem offenen Güterwagen. Er schaukelt gewaltig. An einem Reisetag kommt der Dompteur immer erst nach Abbruch des Zirkus, also sehr spät ins Bett und er muß früh wieder raus, weil am neuen Ort die Raubtierwagen gleich geöffnet werden. Man muß dann die Wagen reinigen und die Tiere füttern. Doch Kitty verlangte trotzdem zu trinken. Stunde um Stunde wurde der Becker gestellt und jede Stunde mußten die Pflegerinnen aus den Beuten; denn bei dem Schandeln des Wagens verschüttete Kitty sonst die nötige Ration und

darum mußte einer den Tiger und der andere die Flasche halten. Da wurde mitunter, wenn der Becker ratterte, ganz heimlich und verstohlen gedacht: „Ach, Kitty, hätte deine Mutter dich doch auch mit aufgefressen.“

Kitty lohnte die Pflege durch vorzügliches Gedeihen. Sie wurde ein selten schöner Tiger. Und ausgerechnet darum sollte sie auf einem Elefanten reiten.

Dieserhalb wurde der Chapiteau-Karren (Chapiteau ist das Zirkuszelt) in den Rundkäfig gebracht. Ein Wärter spannte sich vor den bewußten Karren, ein anderer Wärter schob von hinten, auf dem Karren saß Kitty und in der Manege stand der Dompteur. Unablässig fütterte er Kitty mit Fleisch. So lenkte er sie fürs Erste vom Karren ab und gewöhnte sie an ihn. Ein unruhiges Raubtier ist nämlich immer gefährlich. Gerade wenn es sich mit seinem Lehrer gut stellt, will es ihn womöglich auf etwas aufmerksam machen und im selben Augenblick hat herrschen die Brante tief in seinem Rücken sitzen. Das gibt nicht nur eine schwere Fleischwunde, sondern meistens auch noch eine Blutvergiftung; werden doch durch den Schlag an den Krallen fliehender Schmutz oder Teilschen vom Dompteuranzug tief in die Wunde getrieben. Nach einem halben Jahr täglicher Spazierfahrt hatte Kitty sich an den Karren gewöhnt.

Der Elefant Bil war zum Tigerreitler ausersehen. Kitty und Bil klang jedoch für zwei gemeinsam arbeitende Tiere zu ähnlich. Einem Tier wird doch kein Name niemals ordentlich vorbuchstabiert, es lernt ihn ja auch nicht schreiben, es kann ihn nur mit dem Gehör aufpassen. Nithin wurde Bil in Birga (indischer Mädchennamen) umgenannt und es wurde streng darauf geachtet, daß jeder Stallbursche die Elefantendame mit dem neuen Namen anredete. Wenn ein Mensch mit einem Tier in ein richtiges Vertrauensverhältnis kommen will, muß das Tier unbedingt seinen Namen kennen.

Nun, eines Tages kam Birga in den Rundkäfig, wo auf einem Postament Kitty saß. Beide hatten keine Angst, Herrchen war ja bei ihnen. Jetzt mußte dem Tiger bedeutet werden: „Du, wenn du auf dem Elefanten sitzt, dann ist das kein schöner, blutwarmer Fraß unter dir, sondern bloß Chopiteau-Karrenersatz.“ Und der Elefant mußte verstehen lernen: „Du darfst deinen Reiter nicht mit dem Rüssel dir vom Sattel holen und dir den Tiger unter die Füße werfen und ihn zertrampeln. Er ist dein natürlicher Feind, aber wenn Herrchen dabei ist, dein Kamerad.“

Die Tiere wurden miteinander bekanntgemacht — und gewöhnten sich.

Zwischen zwei aneinander gewöhnten Tieren jedoch besteht eine feilsche Verbundenheit, die wir Menschen mit unserem Verstand nie werden erfassen können. Abend für Abend reitet jetzt Kitty auf Birga. Wenn wir das erleben, können wir darüber nachdenken, daß dies allgemein bekannte Sprichwort „Der Mensch ist ein Gewohnheitstier“, tatsächlich eine tiefe Weisheit birgt.

Um die Universitäten.

Eine Erwiderung.

Aus Hochschulkreisen wird uns geschrieben: Mit einigem Erstaunen konnte man vor einigen Tagen in der „Germania“ einen „Wahnsinn“ an die Zentrums-„akademiker“ lesen, der es sich zur Aufgabe machte, die an den preußischen Hochschulen durchgeführten Sparmaßnahmen in grober und sachlich unbegründeter Form als „Brotkorbpolitik“ des sozialistischen Kultusministers zu denunzieren. Es wird behauptet, die Sozialdemokratie hätte eingesehen, daß die deutschen Universitäten nicht einfach von links erobert werden könnten. Man versuche deshalb jetzt die Notverordnung zu einer sozialistischen Strafexpedition gegen die Universitäten zu mißbrauchen, was bei dem Fehlen der Landtagskontrolle zu dem Erfolg geführt hätte, daß mit der Beseitigung der Emeritierung der Professoren ein Grundpfeiler des deutschen Hochschulwesens gefallen sei.

Bekanntlich sind die preußischen Notverordnungen in langer Zusammenarbeit der verschiedenen Ressorts und in ausführlichen Verhandlungen des Kabinetts beraten und zum Abschluß gebracht worden. Es sollte uns wundern, wenn das Zentrum nicht durch seine Vertreter in der Regierung und Bürokratie an diesen Verhandlungen recht maßgeblich beteiligt gewesen wäre. Sowohl der Staatssekretär im Kultusministerium wie der Leiter der Hochschulabteilung im Finanzministerium gehören ja dem Zentrum an. Darüber schweigt sich jedoch der sonst so rebelle Professor der „Germania“ vollkommen aus.

Die Aufgabe des Kultusministers gegenüber den Hochschulen liegt wesentlich darin, die Hochschulen nicht in ihrem Eigenleben einseitig und unfruchtbar werden zu lassen. Seine Funktion ist es, den Mittler zwischen dem öffentlichen Leben des Volkes und dem wissenschaftlichen Leben der Hochschulen darzustellen. Er hat dafür Sorge zu tragen, daß die Hochschulen durch die Gewinnung geeigneter Lehrkräfte, durch die Bereitstellung der Lehrmittel und durch den Zustrom geeigneter Studenten ihre zentrale Auswirkungsmöglichkeit auf das geistige Leben behalten; er hat zugleich Sorge zu tragen, daß die moralische Verantwortung, die den Hochschulen durch das Recht weitgehender Selbstverwaltung wie auch durch die Beiträge aller Steuerzahler zugewachsen ist, von ihnen mit heiligem Eifer wahrgenommen wird, und sie nicht zu Anwälten bequemer Interessen oder geistesfeindlicher Geimmungen herabsinken. Der Kultusminister kann auch bei den getroffenen Sparmaßnahmen mit gutem Gewissen für sich in Anspruch nehmen, nur von diesen übergeordneten Gesichtspunkten seines Amtes ausgegangen zu sein. In einer Zeit, wo alle Beamten und Lehrer in ihren Gehältern und Pensionen gekürzt werden mußten, durfte die Gehaltskürzung nicht an den Türen der Hochschullehrer haltmachen.

Ueber den Weg, den man bei der Kürzung eingeschlagen hat, ließe sich — wenn auch nicht im Tone der „Germania“ — ernsthaft streiten. Die Einkünfte der Professoren bestehen neben dem Gehalt in den Einnahmen aus Kolleggeldern. Wenn der Minister die volle Gleichstellung der Professoren mit den übrigen Beamten angestrebt hätte, so hätte er nur die Kollegelder zugunsten des Staates einzuziehen brauchen; er hat jedoch nur die Professoren relativ zu gleichen Maaßen an den Kürzungen beteiligen wollen, und es ist ihm deshalb besser erschienen, nur eine weitere Sonderstellung der Professoren zu beseitigen, die darin besteht, daß die beamteten Hochschullehrer mit vollem Gehalt „emeritiert“, statt wie die Beamten mit gekürzten Bezügen „pensioniert“ werden. Die Praxis der „Emeritierung“ ist alt, und sie hat eine gewisse Rechtfertigung darin, daß mit dem Ausscheiden des Professors aus seiner amtlichen Stellung an sich schon eine erhebliche Verringerung seiner Einnahmen durch den Wegfall aller oder doch des Großteils der Kollegelder eintritt. Uns würde es deshalb richtiger erscheinen, wenn man die notwendige Kürzung der Professoreneinnahmen durch weitgehende Beschlagnahme der Kollegelder durchgeführt hätte. Sie sind in den letzten Jahren ohnehin erheblich gestiegen, da dem immensen Wachstum der Studentenzahlen keine durchgreifende Vergrößerung des Lehrkörpers unserer Hochschulen entspricht. Wenn der Minister trotzdem nur mit Vorsicht an den Kollegeldabbau herangegangen ist, so läßt sich zugunsten dieses Weges die Lage der nichtbeamteten vorwiegend jüngeren Lehrkräfte der Hochschulen einwenden. Denn für diese, zum Teil auf sehr knappe, ja unzureichende Besoldungen angewiesenen Lehrer bedeutet die Einnahme durch Kollegelder häufig die einzige Möglichkeit des Durchhaltens und vor allem auch das einzige Bollwerk, um ihre Selbstständigkeit gegenüber überwältigenden Einkünften der Fakultäten zu behaupten.

Wer die Sorgen des akademischen Nachwuchses kennt, weiß, daß die „starke Majorität von Brinardogeniten“, die an den Universitäten der kleineren Zahl von ordentlichen Professoren gegenübersteht, keineswegs „aus der Hoffnung auf eine freie und auskömmlich dotierte Stellung“ seine Existenz bestreiten kann, wie der Leitartikel der „Germania“ anzunehmen scheint. Ganz entsprechend scheint allerdings das Zentrum überhaupt keine Hochschulpolitik einzurichten. Denn der Abbau der Hochschullehrer begann eine ganze Zeit vor den preußischen Notverordnungen, und zwar in sehr radikaler Weise in Baden, wo das Zentrum die Kultusverwaltung allein in den Händen hat. Preußen hat inzwischen den seit Jahren eingeleiteten Ausbau der rechtlichen Stellung der jüngeren und nichtbeamteten Lehrer der Hochschulen konsequent fortgesetzt und auch durch die Notverordnungen nicht prinzipiell angerührt, wofür dem preußischen Minister lebhafter Dank gebührt. Wir möchten jedoch meinen, daß auf diesem Felde noch viel geschehen könnte. Man sollte die Emeritierung aufrechterhalten, um auch den Anreiz zum Auscheiden denjenigen Lehrern der Hochschulen zu erhalten, die sich den Anforderungen ihrer Stellung nicht mehr gewachsen fühlen. Statt dessen sollte man jedoch die Kollegelder konsequent dazu verwenden, um den nötigen Sparbeitrag von den Hochschulen zu gewinnen und die Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses sicherzustellen.

Nach ein Wort schließlich über die Stellung der Sozialdemokratischen Partei zu den deutschen Hochschulen. Der Deutsche Sozialismus braucht nicht gegen Anwürfe der Wissenschaftsfeindlichkeit verteidigt zu werden. Er hat, wie allbekannt, die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und die Bedeutung der wissenschaftlichen Lehre selbst über die Zeiten hinaus unbeirrbar verteidigt, in denen das Bürgertum wissenschaftlichen Gedanken keinerlei Wirkung auf die Lebensgestaltung zubilligte. Die Partei hat seit

Aufsichtsratsitzung.



„Im Vertrauen, Herr Bankdirektor, wir sind längst pleite.“
„Am Himmelswillen, Herr Generaldirektor, sagen Sie kein Wort den Aufsichtsräten drinnen. Die genehmigen gerade die Bilanz.“

Ihrer Regierungsübernahme ihren Anhängern trotz der Not die hohen Ausgaben für die Wissenschaftspflege stets zugemutet und begreiflich zu machen verstanden. Sie ist dabei von der Ueberzeugung ausgegangen, daß die Hochschulen in ihrer heutigen Erscheinung zwar alles andere als erfreulich sind, daß jedoch der ideale Kern des deutschen Hochschulwesens sehr wohl wieder zur Geltung gebracht werden könnte, wenn die staatliche Verwaltung ihre Aufsichtsrechte gegenüber den Hochschulen mit Nachdruck dazu verwendet, um den Mißbrauch der Wissenschaft zu parteilichen oder partikularen Standesinteressen in der Wurzel ausrotten. Wir erwarten, daß der preußische Kultusminister sich diesem Werke mit dem höchsten Eifer und unbeirrt durch den Ständesdünkel der Professoren, wie er sich in der „Germania“ Ausdruck verschafft, widmet. Er wird dabei der Mit Hilfe der unabhängig gewonnenen Hochschullehrer sicher sein, wie überhaupt des Beifalls aller derjenigen, denen das deutsche Hochschulwesen als ein möglicher echter Ausdruck des wissenschaftlichen Strebens des gesamten Volkes wert ist.

Staat und Student.

Tagung des Weimarer Kreises deutscher Hochschullehrer.

Weimar, 27. Oktober. (Eigenbericht.)

Am 26. und 27. Oktober tagte unter dem Vorsitz des Leipziger Historikers Professor Dr. Coeß in Weimar der sogenannte Weimarer Kreis der deutschen Hochschullehrer. Es ist dies eine lose Vereinigung verfassungstreuer Universitätsprofessoren aus allen Fakultäten und politischen Lagern. Sie reicht von der Volkspartei, die durch ihren Nestor Geheimrat Professor Kahl vertreten war, bis zur Sozialdemokratie, von der die Professoren Rabbruch, Schaezel, Peters, Hermsberg und Piper und viele andere erschienen waren. Der 84jährige Staatsrechtler Professor Kahl sprach die Begrüßungsworte. Er betonte, die Pflichten der deutschen Hochschullehrerschaft seien, Vorbild und Lehren zu geben, und daß auch der Staat in den Pflichtkreis einzubeziehen sei. Nach ihm ergriff Dr. Piper, Münster das Wort und legte die Ursachen der politischen Radikalisierung auf den Universitäten dar, die er hauptsächlich in dem Autoritätsglauben und in der Reizung zum Irrationalismus sah. Ihm folgte Professor Kessler, Leipzig, der in glänzender Formulierung zeigte, wie wenig es sich mit dem Geiste akademischer Freiheit vertrage, wenn die Studenten jetzt von der Aussprache zum Sprecher übergegangen seien. Hier könne nur die feste Hand helfen. Die Vorträge des folgenden Tages beschäftigten sich mit der staatsbürgerlichen Bildung der Studenten. Diese Notwendigkeit betonte Professor Herz-Köln. Aus dieser neuen Aufgabe der Hochschulen müsse sich eine Front gegen Radikalismus und gegen den Kultus der Gewalt ergeben. Jetzt werde noch ein fränkischer nationalisierender Geltungsdrang hochgezüchtet. Leider hätten zum Teil einige Gelehrte selber Schuld an diesem Mißstand. Es sei zu erwägen, ob man nicht in Aussprachen mit Professoren ausländischer Hochschulen politische Vorurteile über Deutschland beseitigen könne. Auch Prälat Schreiber, M. d. R., sprach sich entschieden für eine positive politische Bildungsarbeit auf den Hochschulen aus.

Folgende Resolution wurde angenommen:
„Die im Weimarer Kreis vereinigten Hochschullehrer sind am 26. und 27. Oktober in eingehender Beratung der beunruhigenden Feststellung weiter Kreise der Studentenschaft nachgegangen. Sie sind sich bewußt, daß durch die unläßliche Verknüpfung des Einzelkämpfers mit der Rot des Landes sich der akademischen Jugend eine tiefe Hoffnungslosigkeit und Radikalisierung bemächtigt hat. Sie stehen dieser Jugend in ihrem Existenzkampf und im Ringen um die Zukunft von Volk und Staat zur Seite. Zur akademischen Freiheit rechnen sie auch die Freiheit der politischen Willensbildung. Aber ohne Selbstzucht und akademische Haltung sind Freiheit und Wiederaufbau nicht zu erwerben. Die Hochschullehrer des Weimarer Kreises sind deshalb entschlossen, mit Nachdruck alle neuen Versuche, politische Unsitte der Straße in die Hochschulen zu tragen, in ihrem Teile entgegenzutreten. Schwächliche Zurückhaltung und unangebrachte Rücksicht bei solchen Ausschreitungen gefährden die großen Ueberlieferungen der deutschen Hochschulen. Wir geben die Zuversicht nicht auf, daß im Kampf um Erhaltung und Zukunft unserer Hochschulen heute Professoren und Studenten miteinander einig sind. Der Ehre des akademischen Menschen entspricht es, auch in ersten politischen Auseinandersetzungen das Vorbild des ehrlichen Kampfes zu geben.“

Bericht des „Landvolkkampf“. Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein hat das Erscheinen der in Jüthoe herausgegebenen Wochenchrift „Der Landvolkkampf“ auf die Dauer von acht Wochen verboten.

Der Warschauer Prozeß.

Die Angeklagten klagen an.

Warschau, 27. Oktober. (Eigenbericht.)

Nach Dr. Wiederemann kam im Bresch-Prozeß der sozialistische Parteivorstand, frühere Arbeitsminister und stellvertretende Leiter der polnischen Friedensabordnung in Riga nach dem Krieg mit Sommerstand Abg. Professor Barizki zu Wort: Nicht Umsturz, sondern legale Ausschaltung Pilsudskis aus der Regierung war das Ziel des Linksblocks. Daß die Führer der Opposition keine bewaffneten Helfer hatten, beweist das traurige Schicksal des Bauernabg. Dambski, der von Offizieren in seiner Wohnung überfallen wurde und an den Folgen gestorben ist. Auch ich, sagte Barizki, habe damals einen Resolvoer nur zum Schutz bei mir tragen müssen, da Banden mir anstarrten. Wiederemanns Besetzung der Rolle des Staatspräsidenten Rosjicki ergänzt Barizki durch folgende Mitteilung über eine Audienz, die er gemeinsam mit einem anderen sozialistischen Führer hatte.

Der Staatspräsident antwortete auf die Frage, wann er den Sejm einberufen werde, darüber hat der Kriegsminister (Pilsudski) noch keine Entscheidung getroffen! . . .

Graufige Einzelheiten über Bresch-Vitomil berichtet dann der jüngste Angeklagte, der Arbeiterjugendführer Abg. Dubois. Als der Vorsitzende ihn unterbricht und seine Angaben für unbewiesen erklärt, ruft der frühere Innenminister und jetzige Angeklagte Dr. Kjernik: „Aber meine Bunden hat ja der Arzt begutachtet!“ Dubois schildert u. a., wie der Gefängnis-Kommandant Bernagki während der Voruntersuchung sogar den Untersuchungsrichter Dermani und den Staatsanwalt Michalkowski, der seither Justizminister geworden ist, vollkommen ausgeschaltet hat. Das Gericht wird durch diese Aussagen sichtlich nervös.

Der Vorsitzende erklärt, daß er weitere Mitteilungen über Bresch-Vitomil nicht mehr zulassen werde;

er entzog dem nächsten Angeklagten Abg. Mastel (Sog.), als er zu erzählen beginnt, wie er nach der Verhaftung mißhandelt wurde, prompt das Wort.

Die Polizeibehörden haben heute nachmittags alle Zeitungen, die allzu genaue Presseberichte brachten, konfisziert. Auch ausländische Blätter, die sich offen über den Prozeß äußern, werden jetzt auf höhere Anweisung beschlagnahmt.

Wahlboykott in Südslowenien.

Aufruf der Opposition.

Nach dreijährigem Absolutismus ist in Jugoslawien wieder Parlamentswahl ausgeschrieben. Die gesamte Opposition hält sich dieser Wahl fern. Ueber die Gründe der Nichtbeteiligung schreiben uns die Präsidenten der Demokratischen Bauernkoalition (Kroatische Bauernpartei und Selbständige Demokratische Partei) Dr. Bladimir Mastel und Czminister Svetozar Trifitschewitsch u. a.:

Der Absolutismus ist am 6. Januar 1920 detroniert worden, gleich nach der Ermordung kroatischer Führer, mit Stepan Raditsch an der Spitze in offener Belgrader Parlamentsitzung. Am 3. September dieses Jahres ist eine neue Verfassung oktroyiert worden, die jedoch alle Rechte der Diktatur in Kraft läßt, auf Grund deren allen politischen Parteien alle politischen Rechte und jede politische und menschliche Freiheit vernichtet worden ist. Auch

die Wahl wird unter diesen Ausnahmebestimmungen durchgeführt. Daraus kann nicht ein Parlament hervorgehen, zumal keine Mitglieder nicht die Immunität für ihre im Parlament gesagten Aeußerungen haben sollen,

und nur jene in die Stupfthina kommen können, denen die Polizei es erlaubt bzw. jene, welche die Polizei in die Kammer entsendet. Die Wahlordnung vom 10. September dieses Jahres ist bestimmt, den Volkswillen zu knechten. Die Gefängnisse sind voll von Menschen, die nichts anderes getan haben, als die notwendigen Unterschriften für den Kandidaten ihres Vertrauens zu sammeln. Nur Staatslisten sind zugelassen, jeder Listenträger muß in jedem Verwaltungsbezirk des ganzen Staates 250 Unterschriften aufbringen, dadurch ist

allen Oppositionsparteien, erst recht auch allen Minderheitspartien die Erlangung von Mandaten unmöglich gemacht.

Die Regierung aber hat durch ihre Behörden diese Unterschriften für ihre Kandidaten natürlich aufgebracht.

Darauf kann die Antwort nur sein: Niemand geht wählen. Am 8. November müssen alle Wahllokale leer sein.

Bürokratismus der Reichsanstalt.

Bedenkliche Verschleppungsmethoden.

Die Reichsanstalt schickt uns zwei Berichtigungen. In der ersten wird unter Bezugnahme auf die von uns kritisierte Verschleppung der Regelung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter der Reichsanstalt gesagt, daß der Gesamtverband im Juli d. J. lediglich einige wenige Sonderwünsche aufrechterhalten habe. Dann heißt es in der Berichtigung wörtlich:

„Die Reichsanstalt hat damals Prüfung dieser Fragen bis zum Herbst in Aussicht gestellt. Ob jedoch den Wünschen des Gesamtverbandes Rechnung getragen werden kann, ist

im Hinblick auf die Entwicklung, die das Tarifrecht der Arbeiter der öffentlichen Betriebe in den letzten Monaten genommen hat, zweifelhaft.

Die Rotverordnung vom 6. Oktober 1931 hat eine Fühlungnahme wegen der weiteren Gestaltung der Lohnverhältnisse der Arbeiter der Reichsanstalt, insbesondere auch der von den Gemeinden übernommenen Arbeiter notwendig gemacht.“

Mit dieser „Berichtigung“ hat die Reichsanstalt enthüllt, daß die hohe Verwaltungsbürokratie mit Personen besetzt ist, die im Geiste der reaktionärsten Scharfmacher tätig sind. Weil die Rotverordnung vom 6. Oktober eine weitere Senkung der Löhne der Reichsarbeiter zwar nicht zwingend vorschreibt, aber zuläßt, deshalb erscheint den maßgebenden Herren in der Reichsanstalt das „Tarifrecht“ der Arbeiter zweifelhaft. Wohlgerne, es handelt sich bei dem vorliegenden Streitfall, wie die Reichsanstalt selbst erklärt, nicht um die Löhne, sondern um die Mantelbestimmungen. Nachdem man schließlich im Juli versprochen hatte, im Herbst die Angelegenheit zu prüfen, wird im Herbst

das Tarifrecht unter ganz unzulässiger Heranziehung der Rotverordnung überhaupt angezweifelt.

Und nun die zweite Berichtigung: Die Reichsanstalt beklagt sich hier vor allem darüber, daß der „Vorwärts“ in Nr. 495 die Behauptung aufstellt, die Bürokratie der Reichsanstalt sei bei der Juni-Rotverordnung mit der Einführung der verschlechterten Versicherungsleistungen sehr schnell bei der Hand gewesen, diesmal mit der Einführung der wenigen Verbesserungen aber sich ziemlich lange Zeit läßt. Der Präsident der Reichsanstalt hätte

bereits am 9. Oktober die notwendigen Ausführungsbestimmungen erlassen.

Richtig. Nur sind leider diese Ausführungsverordnungen erst in der Beilage zum Arbeitsmarktanzeiger vom 22. Oktober gedruckt worden und frühestens am 24., teilweise aber erst am 27. Oktober, also

15 bis 18 Tage später in den Dienststellen verteilt

worden. Auf den Kern unserer Ausführungen ist die Reichsanstalt in ihrer „Berichtigung“ verständlicherweise nicht eingegangen. Bei der Juni-Rotverordnung verlangte man entgegen jeder bisherigen Rechtsprechung, daß das neue Recht der verlängerten Wartezeiten auch dann schon angewandt werden sollte, wenn zwar zur Zeit der Antragstellung die Rotverordnung noch nicht in Kraft sei, aber die Wartezeit in das neue Recht hineinrage. Tausende Arbeitstote wurden durch diese Inkraftsetzung der Rotverordnung vor ihrem Befristungstermin geschädigt.

Heute liegt der Fall so, daß man z. B. die Erleichterungen für die Kriegsbeschädigten schon seit dem 12. Oktober anwenden könnte. Laut Ausführungsbestimmungen des Präsidenten der Reichsanstalt wird aber nur verlangt, daß spätestens

am 7. November, also am letztzulässigen Termin,

die Umrechnung vorgenommen sein muß. Genau so verhält es sich mit allen übrigen Verbesserungen. Im Interesse der Arbeitslosen müssen wir also feststellen, daß es in der Reichsanstalt 15 bis 18 Tage dauert, bis die Ausführungsbestimmungen in die Hände der ausführenden Organe gelangen, und diese Ausführungsbestimmungen es zulassen, daß das neue verbesserte Recht erst am letztmöglichen Termin in Kraft gesetzt wird, im Gegensatz zu der sofortigen Einführung der Verschlechterungen.

Die Handhabung der Rotverordnungen kommt einer bewußten Sabotage sehr nahe. Man spielt hier auf den zum Zerreißen angespannten Nerven der Arbeitslosen mit einer Ungeniertheit herum, die ganz im Geiste falschnäziger Scharfmacher ist. Die Frage ist nur, wie lange dieses Verfahren noch geduldet werden wird.

Die Einheitsfront.

Kundgebung des ADB.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes erörterte gestern nach eingehenden Referaten des Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. Böker und des Bundesvorsitzenden Genossen Falkenberg die beamtenpolitische Lage. Die Bildung der Einheitsfront der Gewerkschaften wurde lebhaft begrüßt, insbesondere auch die Tatsache, daß sich der Deutsche Beamtenbund dieser Front angeschlossen hat, um ein Gegengewicht gegen die Front von Harzburg zu bilden, die sich um das Unternehmertum gruppiert und sich leider auf weite Kreise des Volkes stützt, die diesen Führern in Verkennung ihrer tatsächlichen Interessen Gefolgschaft leisten. Im Erkenntnis der Sachstandsverbundenheit der Arbeiter, Angestellten und Beamten wurde einstimmig die Solidarität mit den im Kampfe gegen eine Senkung ihrer Löhne stehenden Arbeiter des Reichs, der Reichsbahn, der Reichspost und der Gemeinden zum Ausdruck gebracht.

Kampfstimmung der Gemeindearbeiter.

Zunächst Schlichtungsverfahren.

Vom Gesamtverband wird uns geschrieben: Die Situation ist angesichts der ungeheuerlichen Forderungen der Unternehmer eine sehr ernste. In allen Teilen des Reiches werden in Mitgliederversammlungen, Betriebsversammlungen, in Bezirks- und sonstigen Konferenzen Entschlüsse angenommen, die sich in schärfster Weise gegen jeden weiteren Lohnabbau wenden und von der Organisation die Einsetzung der schärfsten gewerkschaftlichen Mittel im Abwehrkampf fordern. In den zahlreichen Entschlüssen wird das Vertrauen der Mitgliedschaft zur Organisation ausgesprochen. Die Mitglieder und Funktionäre geloben in den Entschlüssen, in dieser Stunde der Gefahr alles zu tun, um die Geschlossenheit und Einheit der Organisation gegenüber allen Anstürmen zu wahren. Die Mitgliedschaft wartet auf den Ruf der Organisationsleitung, um den Kampf gegen die geplanten unerträglichen Belastungen aufzunehmen.

Der Reichsarbeiterverband hat für den Fall, daß am Donnerstag die Verhandlungen scheitern, das Reichsarbeitsministerium um Vorbereitung eines Schlichtungsverfahrens ersucht.

Kommunisten als Unternehmer.

Handelsvertretung nach russischem Recht verurteilt.

Eine empfindliche Lektion erteilt das Landesarbeitsgericht der russischen Handelsvertretung und ihrem Organ, der „Koten Fahne“. Eine der üblichen Angestelltenentlassungen nach Weigerung, nach Rußland zurückzukehren, stand zur Verhandlung. Das Sowjetorgan hatte bereits im April nach dem ersten Gütertermin die Siegesnachricht verbreitet, „die Handelsvertretung bezahlt keine Lumpen“. Das Landesarbeitsgericht Berlin hat jetzt die Sowjetortleiter und die Handelsvertretung darüber belehren müssen, daß sie nicht einmal ihre eigenen Gesetze zum Schutze der Arbeitskraft kennt oder anwenden will.

Wahrscheinlich für die Entscheidung war das Gutachten des vereidigten Sachverständigen beim Kammergericht, Dr. Freund, das feststellt, daß auf Weigerung der Angestellten, nach Rußland zurückzukehren, überhaupt nie eine fristlose Entlassung erfolgen darf, weil die sowjetrussische Arbeitsgerichtsgebung die Entlassung durch den Arbeitgeber nur in denjenigen Fällen kennt, wo nach deutschem Gesetz eine fristlose Entlassung erfolgen kann. Die geforderte Verweisung nach Rußland erklärte der Sachverständige als eine Unmöglichkeit, weil die Handelsvertretung in Rußland nicht besteht, und mithin nur eine Verweisung zu einem anderen Arbeitgeber, nämlich dem Handelskommissariat, in Frage käme, die aber das russische Recht nicht zuläßt.

Durch einen anderen Paragraphen des russischen Arbeitsgerichtsgesetzes werde aber bestimmt, daß bei Angestellten im Ausland bei wichtigem Grunde Entlassung erfolgen könne, allerdings dann nach den Rechten, die das Land, in dem sich der Vorfall abspielt, vorschreibt. Im vorliegenden Falle mußte also nur über den Umweg des russischen Arbeitsrechtes deutsches Arbeitsrecht an-

gewendet werden. Die Handelsvertretung wurde verurteilt, den gesamten Klageanspruch in Höhe von 3000 Mark zu erfüllen. Trotz des Lamentos des Kommunistenadvokaten Alexander hat das Landesarbeitsgericht das Urteil für endgültig erklärt und keine Revision aus grundsätzlichen Erwägungen zugelassen. Damit dürften hunderte ähnliche Klagen, die zur Zeit bei den verschiedensten Gerichten Deutschlands schweben, praktisch entschieden sein.

Das Programm der RGD.

Statt der Gewalt der Argumente, die Argumente der Gewalt

Die kommunistische „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ hat nach zuverlässigen Meldungen im Reich rund 200 000 Menschen „erfaßt“. Davon sind 170 000 Erwerbstote und 30 000 noch in Arbeit stehende. Zur Auslösung von Streikbewegungen will die RGD, vor allem bei den Gemeinde-, Metall- und Bergarbeitern verstärkt agitieren. Die Erwerbstoten will sie mit der Losung: „Beschlagnahme der Lebensmittel!“ in Bewegung setzen. In den Betrieben will sie gemeinsame Versammlungen mit den Christen und den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften auslösen. RGD-Funktionäre sollen in den Betrieben die Unzufriedenheit spielen und sich bei jeder Gelegenheit abfällig über die Gewerkschaften äußern, damit die RGD neuen Zulauf erhält.

Die geplanten Aktionen sollen nach amerikanischem Muster aufgezogen werden. Terror und selbst Schußwaffen sollen in Anwendung kommen, Sabotage bei Elektrizitäts- und Gaswerken sowie bei den Straßenbahnen usw. wird empfohlen. Die infolge der Sabotage erforderlichen Reparaturarbeiten will man selbst unter Anwendung der Schußwaffe unterbinden. Arbeitswillige, die eventuell einen Straßenbahnwagen führen, sollen im Notfall abgeschossen werden. Ebenso sollen Sprengkolonnen Straßenbahnen überfallen und zertrümmern, die Fahrgäste verprügeln und so Panikstimmung hervorrufen.

Die Gewerkschaften haben allen Anlaß, dieses gemeingefährliche Treiben genau zu beobachten, damit ihre Aktion zur Verteidigung der Grundrechte der Arbeiter von der RGD nicht torpediert wird.

Nur keinen Tarifvertrag!

Konditoren-Innung sabotiert Schlichtungsausschuß.

Trotz monatelanger Verhandlungen weigert sich die Konditoren-Innung hartnäckig, einen Tarifvertrag abzuschließen. Auf Antrag des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter sollten am Dienstag wiederum Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß stattfinden. Als Arbeitgeberbeisitzer waren das Mitglied der Konditoren-Innung, Konditoreibesitzer Godon und ihr Syndikus, Dr. Kuhnt, geladen. Lehriker war dieser Ladung nicht gefolgt. Schon aus diesem Grunde war es nicht möglich, einen Schiedsspruch zu fällen. Der Schlichtungsausschuß wird diesen Herrn durch eine Ordnungsstrafe zur Raison bringen müssen.

Die Konditoren-Innung brachte es aber weiter fertig, durch ihren stellvertretenden Obermeister Schauß dem Schlichtungsausschuß ein Schreiben vorzulegen, monoch sie eine Verhandlung ablehnt, mit der Begründung, der Verband hätte gegen die Innungsleitung, sowie gegen einige Arbeitgeber Strafanzeige wegen Nötigung und Erpressung erhoben, und sie halte es „unter ihrer Würde“, aus diesen Gründen jetzt dem Verband Rede und Antwort zu stehen.

Der Sachverhalt der erhobenen Strafanzeige ist folgender: Die Innung hatte entgegen dem bis zum 30. Juni d. J. bestehenden Tarifvertrag ihre Mitglieder aufgefordert, ab 1. Februar die Löhne eigenmächtig um mindestens 10 Prozent zu kürzen. Vom Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter war gegen die Innung Klage erhoben worden, und in allen Instanzen wurde anerkannt, daß die Innung sich tarifbrüchig gemacht hatte. Die Innung forderte darauf Ende Juni ihre Mitglieder auf, ihrem Personal neue Arbeitsbedingungen vorzulegen, worin anerkannt werden sollte, daß die Arbeiter auf ihre bisherigen Rechte bezüglich des Lohnstreites verzichten sollten, das heißt, daß die von der Organisation eingeflagten Lohnanteile dem Personal nicht gezahlt werden sollten. Die Anerkennung sollte unter Kündigungsandrohung laut Rundschreiben der Innung erfolgen. Einzelne Unternehmer waren dem auch nachgekommen. Deshalb die Strafanzeige.

Der Staatsanwalt hat zwar ein Einschreiten abgelehnt mit der Begründung, daß sie sich einer Nötigung nicht bewußt gewesen

selen. Jetzt glaubt man die Innung, diese Angelegenheit heranziehen zu können, um sich vor Abschluß eines neuen Tarifvertrages zu drücken.

Herr Schauß und die anwesenden Konditoreibesitzer verließen den Verhandlungsraum. Der Schlichtungsausschuß wird nun in einer neuen Sitzung, eventuell bei Abwesenheit der Innungsvertreter, zu entscheiden haben. Auch die Konditoreibesitzer werden sich damit abfinden müssen, daß die heutige Zeit nicht dazu angetan ist, den Tarifgedanken zu sabotieren und staatliche Schlichtungsinstanzen zu brüskieren.

Selbstentlarbung der Nazis.

Ausführendes Organ der schlimmsten Scharfmacher.

In der Stadtverordnetenversammlung von Dels in Schlesien haben die Nationalsozialisten folgenden Antrag gestellt:

„1. Alle Gehälter über 300 Mark sind um 50 Prozent zu kürzen; 2. alle Gehälter von 200 bis 300 Mark erfahren eine Kürzung von 25 Prozent; 3. die Pensionen sind um 50 Prozent herabzusetzen.“

In vielen Orten haben gerade die Beamten und die Angestellten den Nazis Gefolgschaft geleistet. So mancher von ihnen wird jetzt merken, wohin die Reise geht. So unterworfen sind nicht einmal die Unternehmer in ihren Forderungen.

Rechnet man die praktischen Auswirkungen nach, so stellt sich heraus, daß bei den Anträgen keinerlei Uebertreibung mitspielt. Man braucht nur einmal nachzurechnen, daß 320 Mark minus 50 Prozent 160 Mark ausmachen und daß 280 Mark minus 25 Prozent 210 Mark sind, um den Insinn des Antrages und zugleich die grenzenlose Demagogie zu erkennen.

Die Nazis glauben sich schon am Ziel, vor dem unmittelbaren Antritt ihrer Herrschaft. Sie lassen die Raste fallen, die Raste einer „sozialistischen Arbeiterpartei“. Zum Vorschein kommt der Handlanger der schlimmsten Scharfmacher.

Angestellte und Postverwaltung.

Tarifwidrige Praktiken.

Die Posthelferinnen im Angestelltenverhältnis sind von der zuständigen Berufsorganisation, dem Zentralverband der Angestellten, Sektion Postangestellte, zur Stellungnahme zu den von der Verwaltung durchgeführten Massenkündigungen und zu den geplanten Gehaltsabbau aufgefordert worden. In den vom ZVA durchgeführten Versammlungen wurde lebhafter Protest gegen die bei der Post immer wieder eintretenden Fehldispositionen personalpolitischer Art erhoben. Die Versammlungen ließen eindeutig erkennen, daß als einziges und letztes Mittel der Abwehr nur schleuniger und restloser Zusammenschluß aller Posthelferinnen in Frage kommt. Bedauerlicherweise haben sich die Postangestellten vielfach von falschen Tropheten beraten lassen, die sie jetzt in schwierigster Lage glatt im Stich lassen.

Mit Recht wurde darauf verwiesen, daß zur Bereinbarung veränderter Arbeitsbedingungen einzig und allein die Tariforganisation zuständig ist. Hat man doch in allen Instanzen von jeder einzelnen Helferin verlangt, Bedingungen anzuerkennen, die mit den tariflichen Bestimmungen in trassigem Widerspruch stehen, rechtsungültig sind und die Organisation vor vollendete Tatsachen stellen sollen.

Auf Grund dieser Vorkommnisse sah sich der ZVA zu energischen Beschwerden veranlaßt. Die DPA hat Abhilfe zugelagt und darauf verwiesen, daß kein Zwang ausgeübt werden darf.

Allerdings werden die Posthelferinnen selbst zeigen müssen, daß sie sich die von der Organisation erkämpften Rechte unter keinen Umständen rauben lassen. Die Postangestellten haben jetzt das Wort. Sie müssen durch Zusammenfassung der noch Unorganisierten in allen Dienststellen schleunigst dafür sorgen, daß der ZVA, der die entscheidenden Verhandlungen zu führen hat, auch wirklich kotträtig unterstützt wird.

Textilarbeiterstreik in Polen.

Warschau, 27. Oktober. (Eigenbericht)

In der Lodzer Textilindustrie stehen seit Montag 18 000 Textilarbeiter im Streik. Bestreikt werden hauptsächlich die Fabriken, die sich dem Tarifabkommen zwischen den Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband der Textilindustrie nicht angeschlossen haben.

Die englischen Gewerkschaften hatten nach einer Mitteilung des englischen Arbeitsministeriums im Jahre 1930 4 825 000 Mitglieder, im Jahre zuvor 4 839 000. Der durch die Arbeitslosigkeit verursachte Rückgang ist minimal.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deute, 19½ Uhr, liegen die Gruppen: Baumhulenenweg: Jugendheim Baumhulenenweg, Crutitz 16. Der Gewerkschaftsbezirk in Frankfurt. — Weisensee: Gruppenheim Weisensee, Paritz 36. Die russische Revolution 1905. — Humboldt: Jugendheim Graun-Edle Vorkingstraße. Die französische Fremdenlegation. — Kordring: Schule Sonnenberg Str. 29. Was haben wir von einer nationalen Regierung zu erwarten? — Tegel: Jugendheim Tegel, Schneberger Str. 4. (Zeit um 9 Uhr.) Entstehung und Formen des Kapitalismus. Der Hochkapitalismus. — Schwedden: Jugendheim Vorkingstraße 11 (Fahrdienstgebäude). Die Berliner Denkmäler im Volkswort. — Flughafen: Gruppenheim Flughafen 68 (U-Bahnhof Bobbinstraße). Was dem Leben der Arbeiter für den Sozialismus. — Reutchen: Jugendheim Reutchen, Reutchen 21 (Hof). Unsere Arbeiterführer: Karl Marx. — Spandau: Jugendheim Lindenauer 1. Gewerkschaften und Partei. — Schöneberg: Schöneberg, Hauptstr. 15 (Bismarckhaus). Was ist Sozialismus? — Schöneberg: Schöneberg, Hauptstr. 17. Entstehung der deutschen Gewerkschaften. — Anzeigen für die Jugendvermittlung der Volkshäuser am Sonntag, dem 1. November, sind ausverkauft.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Deute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: Gellert-Kommune: Jugendheim Schönebergstr. 1. Vorkurs. — Kottbus 1: Jugendheim Danziger Str. 81 (Parade). Ausprobieren: „Geht die Staatsgewalt vom Volke aus?“ Leiter: Kott. — Reinickendorf: Jugendheim Lindauer Str. 2 (Parade). Betriebsleben. — Schönhauser Vorstadt: Jugendheim der Schule Reutchenallee 81. Arbeitsgemeinschaft: „Kultur — Religion — Ethik“. Leiter: Holmann. — Steglitz: Jugendheim der Schule Gellertstr. 61. Kurzevorteile. — Oberprenz: Rieberschönweide, Berliner Str. 11 (Schule). Einigung Hoffmeister-Kroge. Nummer Abend. — Köpenick: Jugendheim Dahnwitzer Str. 15 (Casinohaus am Bahnhof Köpenick). Arbeitsgemeinschaft: „Aus der Geschichte der Anstellungsgewerkschaften“. Leiter: Kuppel. — Neukölln: Jugendheim Böhmische Straße 1-3. Ede Kanner Straße. Vorkurs: „Roberte Erziehungsfragen“. Leiter: Kuppel. — Schöneberg: Jugendheim Hauptstr. 15 (Hofgebäude, Schöneberg). Arbeitsgemeinschaft: „Das gelbige Mitteln des jungen Gewerkschafters“. Leiter: Kuppel. — Charlottenburg: Jugendheim Spelichowstr. 4. Arbeitsgemeinschaft: „Einführung in die sozialistische Gedankenwelt“. Leiter: Kuppel. — Spandau: Jugendheim Lindenauer 1. Die Gruppenorganisation wird auf dem Heimabend bekanntgegeben. — Potsdam-Romansow: Jugendheimberge in Romansow, Reichstraße. Die Veranstaltung wird auf dem Heimabend bekanntgegeben. — Die Berufsberatungsgesellschaft Sorgenfrei 8-6. hat am 16 Uhr im Verbandsheim, Zimmer 7. — Gewerkschaften: Wohnungsabend ab 8 Uhr in der städtischen Kurthalle Prinzenstraße. — Zur Vorbereitung der Jugendvermittlung am 1. November „Kampf um Arbeit“ sind die Eintrittskarten vergriffen.

Berantwärtlich für Text: Viktor Schiff; Bild: Dr. G. Kinnel; Gewerkschaftsbewegung: S. Gelander; Revolution: Dr. John Schlotzki; Vorkurs und Konferenz: Rein Kuppel; Anzeigen: Th. Gled; Kurzevorteile in Berlin: Berlin: Normants-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3, P. 1000 2. Berlin.